

Hefte aus Burgscheidungen

---

Lfd. Nr. 173 /       

Siegfried Welz

## Kubas Weg in die Freiheit

Christlich - Demokratische Union  
Zentrale Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
Burgscheidungen / Unstrut

1962

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung . . . . .	5
Das Inselreich Kuba . . . . .	7
Der revolutionäre Befreiungskampf des kubanischen Volkes . . . . .	16
Die Rolle der Sozialistischen Volkspartei und ihr Kampf um die Freiheit Kubas . . . . .	19
Das neue Kuba . . . . .	24
Die Probleme des Staatsaufbaus . . . . .	32
Das kubanische Volk verteidigt seine Revolution . .	35
Kuba auf dem Wege zum Sozialismus . . . . .	40
Die kubanische Revolution und Lateinamerika . . .	41
Anhang: Das kubanische Volk baut zuversichtlich ein neues Leben auf . . . . .	43

## Einleitung

Als Christoph Columbus im Oktober 1492 kubanischen Boden betrat, nannte er die Antillen-Insel „eines der schönsten Lande“. In der Tat ist Kuba die schönste „Perle“ in der langgezogenen Kette der Antillen.

Mit seinen 1600 Nebeninseln ist Kuba 114 525 km<sup>2</sup> groß, also etwas größer als die DDR (107 862 km<sup>2</sup>). Die Länge der Insel beträgt 1250 km. Ihre Oberfläche ist meist fruchtbare, leicht gewellte Ebene, die in Ost-, Südost-, Mittel- und Westkuba von Gebirgszügen unterbrochen wird. Sie haben eine durchschnittliche Höhe von 600 bis 1000 Meter, ausgenommen die Sierra Maestra, die im Südosten der Insel, in der Provinz Oriente liegt und mit dem Pico Turquino als höchste Erhebung 2500 Meter erreicht. Die Ebenen sind mit fruchtbarer Roterde und Alluvialböden<sup>1)</sup> bedeckt. Ein Sechstel des Landes ist bewaldet, zumeist mit Königspalmen, Pinien, Zedern, Caibas (Baumwollbäume), Mahagoni und anderen Laubbäumen.

Im Norden grenzt Kuba an den Atlantischen Ozean und die 180 km breite Florida-Straße. Der Westteil der Insel grenzt an den Golf von Mexiko, und im Süden umgibt das Karibische Meer die Insel. 80 km östlich von Kuba liegt die Inselrepublik Haiti; 140 km südlich von Kuba liegt Jamaika.

Kuba hat 6,5 Millionen Bewohner. Fast 4,4 Millionen sind sogenannte „Criollos“, Nachfahren spanischer und anderer europäischer Ansiedler. Rund 2,1 Millionen Kubaner sind Neger oder Mulatten. Über die Hälfte der Gesamtbevölkerung (rund 57 Prozent) lebt in den Städten, von denen an dieser Stelle nur die größten und bekanntesten genannt werden sollen: Havanna (Hauptstadt der Insel, 1,2 Millionen Einwohner), Holguín (227 000 Einwohner), Camagüey (204 000 Einwohner), Santiago de Cuba (167 000 Einwohner), Santa Clara (144 000 Einwohner), Bayamo (126 000 Einwohner).

Die Insel ist reich an Bodenschätzen. Innerhalb des kapitalistischen Weltsystems stand Kuba mit seinen Nickelvorkommen an zweiter, mit seinen Eisenvorkommen an vierter, mit seinen Mangankommen an sechster Stelle. Weiter gibt es in Kuba größere Vorkommen an Blei, Zink, Wolfram, Kupfer-, Chrom- und Kobalterzen, Erdöl, Gold, Kaolin, Bauxit, Magnesit, Baryt, Asphalt und Gips. Kuba hatte also von

<sup>1)</sup> Im Alluvium (jüngster, von der Eiszeit bis in die Gegenwart reichender Abschnitt der Erdgeschichte) durch Erdüberschwemmungen gebildete Lagen der Erdrinde.



jeher gute Voraussetzungen für eine Industrialisierung. Dennoch machte die Industrie bis zum Zeitpunkt des Sieges der Revolution nur rund 15 Prozent der Gesamtproduktion aus. Auf die Ursachen dieses Umstandes werden wir noch an anderer Stelle zu sprechen kommen.

In der Landwirtschaft wurde auf Kuba bisher neben Tabak, Kaffee und Südfrüchten (Ananas, Bananen und Zitrusfrüchte) vorwiegend Zuckerrohr angebaut. Kuba ist der größte Zuckerrohrexporteur der Welt. Seine jährliche Ernte belief sich auf rund 6 Millionen Tonnen.

Aus der bisherigen wirtschaftlichen Struktur des Landes, einer Folge der Einflußnahme amerikanischer Monopole auf die kubanische Wirtschaft, resultiert auch die Tatsache, daß 41 Prozent der rund 2 Millionen im Arbeitsprozeß stehenden Kubaner in der Landwirtschaft tätig waren. Demgegenüber waren nur 17 Prozent der Werk tätigen in der Industrie, rund 12 Prozent im Handel und nur 5 Prozent im Verkehrswesen beschäftigt. Das Land- und Industrie proletariat umfaßte fast 1,5 Millionen Menschen.

Verkehrstechnisch ist Kuba als ehemalige „Zuckerdose“ der USA gut erschlossen. Kuba verfügt über ein eigenes Flugnetz, über etwa 10 000 km Bahnlinien und 13 000 km Straßennetz. Als die bedeutendste Verkehrsader — auch Lebensader Kubas genannt — ist die Carriera Central zu betrachten, die sich 1000 km von Pinar del Rio im Westen der Insel über Havanna bis nach Santiago de Cuba im Südosten Kubas erstreckt.

## Das Inselreich Kuba

Kuba wurde, wie schon im vorausgegangenen Abschnitt erwähnt, im Jahre 1492 durch Christoph Columbus entdeckt. In den verschiedenen Teilen des kubanischen Archipels lebten damals die Ureinwohner: die Indianerstämme Guanajatabey, Tahino und Siboney.<sup>2)</sup>

Bekanntlich suchten die ersten Spanier, die seinerzeit an der Küste Kubas gelandet waren, nach Gold. Sie interessierte weder der Boden noch die Landwirtschaft. Die Konquistadoren (Eroberer) und Kolonisatoren fanden in Kuba kleine friedliche Gemeinschaften der Ureinwohner vor, die zumeist auf kollektiver Basis Ackerbau betrieben, nach äußerst rückständigen Methoden wirtschafteten, sich primitiver Werkzeuge bedienten oder auch vom Sammeln der Wildfrüchte, von der Jagd und vom Fischfang lebten.

Von den Kolonisatoren versklavt und zu schwerer Arbeit bei der Schürfung und Gewinnung von Gold gezwungen, starb die Urbevölkerung sehr rasch aus. Schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts, also nach nur etwa 50 Jahren spanischer Kolonialherrschaft, war die Urbevölkerung fast ausgerottet. Als das damals seltene Metallgold auch in Mexiko, Peru und anderen Stellen des Kontinents gefunden wurde, entvölkerte sich Kuba in nahezu katastrophaler Weise; denn alles eilte dorthin, wo die Natur schnellere Bereicherung versprach.

Erste Chroniken über Kuba berichten, daß die wenigen Indianer, die diese Zeit überstanden, sich in zahlreichen Aufständen gegen die spanischen Unterdrücker erhoben. In ihren Gegenmaßnahmen bemächtigten sich die Spanier der Ländereien der Indianer, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, daß Kuba vom Augenblick seiner Besetzung durch die Spanier an nach dem spanischen Recht „königlich“, d. h. Eigentum des Königs von Spanien geworden war. Da die Konquistadoren weder am Boden noch an der Landwirtschaft interessiert waren, kam es dazu, daß der spanische König bis zum Jahre 1536 selten Ländereien auf Kuba an irgend jemand „huldvoll verlieh“.

<sup>2)</sup> Die Guanajatabey lebten in dem Gebiet, das jetzt Pinar del Rio heißt. Es waren Stämme, die in getrennten Gruppen lebten und möglicherweise miteinander verwandt waren. Sie ernährten sich vom Fischfang und vom Sammeln der Wildfrüchte. Die kulturell am weitesten entwickelten Tahino lebten vor allem im östlichen Teil der Insel. Das kulturelle Niveau der Siboney lag zwischen dem der Guanajatabey und dem der Tahino.



Erst im Jahre 1536 begannen der Stadtrat von Sancti Spiritus und auch andere Gemeindeverwaltungen mit der Zuteilung von Boden an Einwohner des Landes. Dadurch wurden die ersten Viehzuchtlatifundien geschaffen, und schon mit Ausgang des 16. Jahrhunderts war fast das ganze kubanische Territorium in Latifundien aufgeteilt, die sich als riesige Kreise über viele Tausend Caballerías<sup>3)</sup> erstreckten; doch dazwischen blieben größere Flächen „königlichen“ Besitzes.

Die ursprünglichen Formen des Grundbesitzes und der Bodennutzung waren „Güter“, „Höfe“, „Farmen“ und andere. Während in der ersten Zeit, solange die Bevölkerungszahl gering war, die Zuteilung großer Ländereien keine Schwierigkeit bereitete, wurde das später, mit dem Wachsen der Bevölkerungszahl, schwieriger und auch komplizierter, da die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt werden mußte. So entstand das „Miteigentum“, mit anderen Worten: die Latifundien wurden aus dem Eigentum eines einzelnen zum Eigentum vieler Erben (ohne daß der Grundbesitz geteilt wurde). Die ursprünglich verliehenen Ländereien, immer wieder vererbt und durch Aneignung fremden Bodens erweitert, wurden nach und nach zum Eigentum von immer mehr Personen, den Miteigentümern. Die Riesengröße der Güter machte übrigens die Teilung des Bodens zu einer überaus komplizierten Angelegenheit. Diese Umstände hemmten die weitere Entwicklung der Landwirtschaft und festigten die Herrschaft der Latifundien. Rückblickend muß gesagt werden, daß damals in der Frage des Grundbesitzes ein ungeheures Durcheinander bestand, das erst durch den spanisch-königlichen Beamten Cáceres beseitigt werden konnte. Praktisch legalisierte Cáceres durch seine „Reformen“ die Ausplünderung der Indianer und gewährte einer unbedeutenden Minderheit der Colonos<sup>4)</sup> das Recht, große Güter zu bewirtschaften.

Seit Anbeginn der Eroberung und der Kolonisierung der Insel bildeten sich auf Kuba zwei antagonistische Lager heraus: Auf der einen Seite standen die Gebieter und Unterdrücker, auf der anderen die Unterdrückten. Die spanischen Herren stießen zunächst unmittelbar mit den Indianersklaven zusammen, die dann durch schwarze Sklaven, gewaltsam aus Afrika verschleppte Neger, ersetzt wurden, und später mit der gesamten vielstämmigen Bevölkerung Kubas, die sich nach 400 Jahren spanischer Fremdherrschaft gegen ihre Unterdrücker erhob. Ihr Freiheitskampf begann im Jahre 1895.

Kurz bevor die Kubaner 1898 ihre Freiheit erringen konnten, mischten sich die Amerikaner in die Vorgänge auf Kuba

<sup>3)</sup> Caballerías — Bodenzuteilung des Königs von Spanien an die Erben eines Territoriums.

1 Caballería = 13,43 Hektar.

<sup>4)</sup> Colonos — spanische Siedler.

ein, erklärten Spanien den Krieg und konnten so die eigentliche Befreiung Kubas von seinen Unterdrückern verhindern. Dies geschah im Namen der „Freiheit“, und die amerikanische „Hilfe“ bestand darin, daß die Kubaner ihren Befreiungskrieg auch weiterhin allein führen mußten, Ihr amerikanischer „Bundesgenosse“ verlor auf Kuba keine 20 Soldaten. Der „Krieg“ zwischen Amerika und Spanien war also im wahrsten Sinne des Wortes ein imperialistischer Raubkrieg, in dem sich die Kolonialmächte gegenseitig die Besitzungen abjagten. Spanien wurde in diesem Krieg besiegt und mußte sich wohl oder übel dazu bequemen, den Pariser Annexionsvertrag zu unterzeichnen, wonach die Philippinen, Guam und Puerto Rico in amerikanischen Besitz übergingen. Kuba wurde in diesem Verträge nicht erwähnt; denn es war durch die Amerikaner für „selbständig“ erklärt worden. Diese Selbständigkeit sah so aus, daß Kuba im Verlaufe von vier Jahren durch amerikanische Truppen besetzt wurde und ein amerikanischer Militärgouverneur die oberste Regierungsgewalt ausübte.

Erst im Jahre 1901 wurde die Einberufung einer konstituierenden Versammlung erlaubt. Sie sollte die Verfassung für ein „unabhängiges und selbständiges“ Kuba ausarbeiten. Diese verfassunggebende Versammlung wurde aber unter dem Druck der amerikanischen Besatzer gezwungen, einen von dem amerikanischen Senator Platt eingebrachten „Änderungsantrag“ in die Verfassung aufzunehmen. Dadurch wurde Kuba außenpolitisch entmündigt und militärischer Stützpunkt der Amerikaner. Dieses „Platt Amendment“<sup>5)</sup> garantierte der USA-Regierung das Recht, Kubas außenpolitische Beziehungen zu kontrollieren, Militärstützpunkte zu errichten und nach dem Ermessen der Okkupanten beliebig Truppen auf Kuba zu stationieren. Im Jahre 1903 wurde das „Platt Amendment“ in den ständigen Vertrag zwischen den USA und Kuba übernommen. Damit war das Schicksal Kubas für mehr als fünfzig Jahre besiegelt.

Die Insel wurde in den folgenden 25 Jahren faktisch zu einer amerikanischen Kolonie. Es war eine schleichende Kolonisation. Allmählich, aber durchaus planmäßig, verstanden es amerikanische Finanzkreise, die Reichtümer Kubas in ihren Besitz zu bringen. Die kubanischen Staatspräsidenten waren durchweg von den USA-Finanzkreisen lanciert worden und standen zu diesen in einem Abhängigkeitsverhältnis. Diese Tatsache bestimmte das Geschehen auf Kuba.

Erst nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der ihr folgenden Befreiungsbewegung in aller Welt begannen sich auf Kuba die nationalgesinnten Kräfte zu sam-

<sup>5)</sup> Das Platt-Amendment ist der nach dem amerikanischen Senator Platt benannte Zusatz zur kubanischen Verfassung von 1901. Dadurch verschafften sich die USA die Möglichkeit einer Intervention auf Kuba und das Recht, auf seinem Territorium Marinestützpunkte zu unterhalten.



meln. Es entstanden Streikbewegungen, und zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen schlossen sich auf Landesebene zusammen. Im Jahre 1925 entstand unter Baliños und Mellas die Kommunistische Partei Kubas.

Dennoch vergingen weitere acht Jahre, bis sich zum erstenmal eine nationale Regierung auf Kuba bilden konnte. Nach dem Willen und unter dem Druck der Bevölkerung veranlaßte sie eine Reihe von Maßnahmen, die dem Einfluß der amerikanischen Finanzkreise auf Kuba gewisse Grenzen zogen. So wurden die Verfassung aus dem Jahre 1901 und schließlich auch das „Platt Amendment“ aufgehoben.

Washington sah dadurch seine Position auf Kuba ernsthaft bedroht; es fand in dem damaligen neuen Oberbefehlshaber der Armee, Batista, einen treuen Anhänger. Er organisierte mit amerikanischer Unterstützung 1934 einen konterrevolutionären Umsturz, durch den eine mit den amerikanischen Finanzkreisen und Monopolen eng liierte Regierung die Herrschaft an sich brachte. Die revolutionären Gruppen der kubanischen Werktätigen wurden verfolgt und waren der Willkür der neuen Regierung ausgesetzt. Dennoch waren sie stark genug, gegen den Willen der USA-Imperialisten die Aufhebung des „Platt Amendments“, das eine flagrante Verletzung der Souveränität Kubas darstellte, aufrechtzuerhalten.

Unter dem Druck des Volkswillens wurde Batista 1938 gezwungen, die Mehrzahl der bürgerlich-demokratischen Freiheiten, wie sie die nationale Regierung 1933 dem kubanischen Volk gegeben hatte, wiederherzustellen. Danach wurde auch das Verbot der Kommunistischen Partei Kubas aufgehoben, und die Arbeiterorganisationen konnten wieder legal arbeiten. Bereits im Januar des folgenden Jahres bildete sich die Arbeiterkonföderation Kubas mit rund 300 000 Mitgliedern. Der Kommunist Lázaro Peña, ein Neger, übernahm den Vorsitz. Noch im gleichen Jahr verband sich die Kommunistische Partei Kubas mit dem unter der Führung des Schriftstellers Juan Marinello stehenden Revolutionären Bund und nannte sich nun Revolutionär-Kommunistischer Bund. Den Vorsitz übernahm Marinello; zum Generalsekretär wurde Blas Roca, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, gewählt. Der Bund entwickelte sich zu einer Massenpartei und wurde 1944 in Sozialistische Volkspartei umbenannt. Dieser Name entsprach der Zusammensetzung der Partei, der nicht mehr nur fortschrittliche Arbeiter, sondern auch zahlreiche Bauern und Intellektuelle angehörten.

Bis zur Jahresmitte 1945 zählte der Revolutionär-Kommunistische Bund 500 000 Mitglieder und hatte sich zur politisch führenden Kraft der Arbeiterklasse entwickelt. Auch die Sozialistische Volkspartei Kubas konnte sich weiter entwickeln und erhielt bereits bei den Wahlen im Jahre 1944 insgesamt 122 000 Stimmen, dadurch 3 Sitze im Senat und 147 Sitze in den Gemeinderäten. Es gelang den demokrati-

schen Kräften Kubas, von der im Mai 1944 gebildeten neuen Regierung eine Reihe von Zugeständnissen zu erzwingen, so zum Beispiel das Verbot, Bauern das Pachtland zu kündigen, oder auch die Erhöhung der Löhne für einige Berufsgruppen. Diese demokratischen Maßnahmen waren allerdings nur politische Zugeständnisse der Regierung und stellten keine umfassenden sozialen Reformen dar.

Kuba wurde nach wie vor vom amerikanischen Kapital beherrscht. Dies zeigte sich ganz besonders in der von den Amerikanern erzwungenen einseitigen Spezialisierung der Landwirtschaft. Kuba wurde dadurch bekanntlich zum größten Rohrzucker-Produzenten der Welt. Es bedarf keiner besonderen Vorkenntnisse, um zu erkennen, daß ein Land, das 53 Prozent seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche mit Zuckerrohr bebauen muß, unweigerlich in wirtschaftliche Abhängigkeit gerät. Dies war auch das Ziel der USA-Monopole. Der Anbau von anderen Nahrungsmittelkulturen, wie zum Beispiel Gemüse, Reis und Bohnen, wurde auf 25 Prozent der Nutzfläche beschränkt. Die Folge war, daß Kuba, ein Land mit den denkbar besten Bodenverhältnissen und einem nahezu idealen Klima, sich nicht selbst ernähren konnte und über ein Drittel seiner Lebensmittel importieren mußte.

Diese Entwicklung wurde auch noch durch einen anderen Umstand begünstigt: Bis zum Sieg der nationalen Befreiungsbewegung befanden sich in Kuba annähernd zwei Drittel des gesamten Bodens in der Hand der großen Grundbesitzer. Die Latifundien der einheimischen Eigentümer, vorwiegend der alten Feudalaristokratie, umfaßten 4,23 Millionen Hektar. Da auf Kuba ein Farmer zumeist mehrere große Farmen besaß (es gibt keine Statistik über die ehemaligen Eigentumsverhältnisse in der kubanischen Landwirtschaft), kann das ganze Ausmaß dieser Bodenkonzentration nicht voll sichtbar gemacht werden.

Zu den 4,23 Millionen Hektar der einheimischen Bodenmonopolisten kamen weitere 1,47 Millionen Hektar im Eigentum von USA-Kapitalgesellschaften; rund die Hälfte davon gehörte 13 amerikanischen Zuckergesellschaften, darunter der Atlantica del Golfo Sugar Co. 202 500 Hektar, der Cuban-American Sugar Co. 134 000 Hektar und der United Fruit Company rund 110 000 Hektar.<sup>5)</sup>

Diese Bodenkonzentration bildete eines der Grundübel der kubanischen Wirtschaft. Die Wirtschaften der einheimischen Großgrundbesitzer und der amerikanischen Gesellschaften machten insgesamt nur 1,6 Prozent der Gesamtzahl aus, während 70 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe nur über 12 Prozent der Aussaatfläche verfügten. Dadurch waren

<sup>5)</sup> Namen und Zahlenangaben aus „The New York Times“, Ed. Amsterdam, Nr. 37 004 vom 19. Mai 1959, und „The Financial Times“, London, Nr. 22 054 vom 7. April 1960.



hunderttausende kubanische Bauern ohne Grund und Boden, ohne Arbeit, und sie und ihre Familien litten bittere Not.

Kuba verfügt über nutzbare Flächen, die ausreichen, um sowohl den Exportbedürfnissen als dem einheimischen Nahrungsmittelbedarf gerecht zu werden. Aber das Monopol des großen Grundeigentums entzog einen bedeutenden Teil der nutzbaren Böden der Bewirtschaftung; nur knapp zwei Drittel der Flächen wurden landwirtschaftlich genutzt, nur ein Fünftel als Ackerfläche.<sup>7)</sup> Die künstliche Bodenverknappung diente den Grundbesitzern zum Hochtreiben der mannigfachen Rentenbelastung, die sie den 62 500 landarmen und den mehr als 200 000 landlosen Bauernfamilien aufbürdeten. Nach dem Stand von 1946 waren rund 54 Prozent aller Wirtschaften Pachtwirtschaften. Pächter, Unterpächter und Anteilpächter verschiedenster Kategorien bewirtschafteten etwa drei Fünftel der Nutzflächen, die 5,87 Millionen Hektar umfaßten.<sup>8)</sup>

Welche Summen an Pachtzinsen aus den Bauern herausgepreßt wurden, läßt sich kaum abschätzen. Einzelangaben zufolge betrug die Anteilpacht bis zu 50 Prozent der Ernte. Auf vielen Ländereien lastete der sogenannte Censo, der dem Zehnten entspricht und der auch meist an die Kirche abzuführen war. Die Lage der Bauern wurde dadurch weiter erschwert, daß die Pachtverträge mit bestimmten Produktionsauflagen verknüpft wurden, deren Nichterfüllung nach der ehemaligen Pachtgesetzgebung den Verlust der Pachtwirtschaft zur Folge hatte. Sie litten aber nicht nur unter den Auswirkungen des Monopols des Grundeigentums, sondern auch unter anderen Formen der Ausbeutung. Die furchtbare Ausplünderung, der sie unter der Herrschaft des USA-Imperialismus unterworfen waren, bestimmte ihre Haltung im nationalen Befreiungskampf.

Mit dem Beginn der Überproduktionskrise 1953, in deren Gefolge die Zuckerproduktion um ein Drittel zurückging und die Zuckerrohrpflanzungen nur zu 60 Prozent abgeerntet wurden, hatte sich auch die Lage der Bauern und Landarbeiter weiter bedeutend verschlechtert. Diese Tatsache erhöhte ihre Bereitschaft, für die grundlegende Veränderung der Verhältnisse zu kämpfen. Dies geschah natürlich keineswegs im Selbstlauf oder sporadisch. Vielmehr hatte die Sozialistische Volkspartei in jahrelanger Kleinarbeit das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und Landarbeitern geschmiedet; mit welchem Erfolg, zeigt sich schon darin, daß die Volksbefreiungsarmee zu vier Fünfteln aus Landarbeitern und Bauern bestand, obwohl deren Anteil an der Gesamtzahl der Werktätigen nur etwa 40 Prozent ausmacht. Die Bauern

<sup>7)</sup> FAO, Production Yearbook 1958, S. 4.

<sup>8)</sup> International Labour Office (ILO), The Landless Farmer in Latin America, Studies and Reports New Series, No. 47, Genf 1957, S. 18 f., 30.

waren mit den Arbeitern angetreten, um sich von ihrem Elend zu befreien, das selbst in offiziellen Berichten nicht mehr zu verheimlichen war. Aus einer im Jahre 1953 angestellten Erhebung über die Lebensverhältnisse auf dem Lande ging beispielsweise hervor, daß drei Viertel aller Behausungen primitiv aus Palmholz und Gras auf der nackten Erde errichtete Hütten waren und daß die Bauern in ihrer Mehrheit an Unterernährung litten.

Parallel zu dieser unheilvollen Entwicklung in der kubanischen Landwirtschaft vollzog sich die Durchsetzung aller Wirtschaftszweige Kubas mit amerikanischem Kapital. Im Jahre 1959 beliefen sich die amerikanischen Kapitalinvestitionen auf Kuba auf rund eine Milliarde USA-Dollar.<sup>9)10)</sup> Die USA-Monopole ergriffen nach und nach Besitz von den kubanischen Bodenschätzen, den Kraftwerken und Häfen, den Eisenbahnen und Fabriken. Zum Beispiel beherrschten amerikanische Gesellschaften mehr als 50 Prozent aller kubanischen Eisenbahnlinsen, große Teile der Passagier- und Fracht-Luftfahrt und den überwiegenden Teil des Autotransportwesens. Die „Cuban Electric Company“, eine Tochtergesellschaft der „American Foreign Power Company“, erzeugte 90 Prozent der Elektroenergie Kubas. Das FernmeldeNetz war ein Monopol der „International Telephone and Telegraph Corporation“. Beinahe alle Vorkommen an Bodenschätzen (Eisen, Mangan, Nickel und andere Erze sowie fast alle Ölvorkommen) standen unter amerikanischer Kontrolle. Die geförderten Erze wurden in unverarbeitetem Zustand exportiert. Daher war auch die verarbeitende Industrie Kubas nur schwach entwickelt.

In verschiedenen Teilen der Insel wurden in geringem Umfang Eisen-, Mangan-, Kupfer-, Chrom-, Nickelerze, einige andere Erze und Erdöl gefördert. Die verarbeitende Industrie, die während des zweiten Weltkrieges eine gewisse Entwicklung erfuhr, umfaßte in erster Linie Betriebe zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ihr wichtigster Zweig war die Nahrungsmittel-, vor allem die Zuckerindustrie, deren Kapazität etwa zur Hälfte von amerikanischen Monopolen kontrolliert wurde. Wichtige Zweige der verarbeitenden Industrie waren auch die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Bauindustrie sowie die Leder- und Schuhindustrie. Die Metallverarbeitung war durch Maschinen- und Eisenbahnreparaturwerkstätten sowie durch kleinere Betriebe vertreten, die Ersatzteile für Zuckerfabriken, einfache landwirtschaftliche Geräte und andere Metallerezeugnisse herstellten. Auf Kuba gab es viele Filialen nordamerikanischer Betriebe, die sich mit der Erdölverarbeitung sowie mit der Erzeugung von Düngemitteln, Zement, Farben, Seife und pharmazeutischen Artikeln befaßten.

<sup>9)</sup> 1 USA-Dollar = 1 kubanischer Peso.

<sup>10)</sup> Zahlenangaben aus „Wirtschaftsdienst“, Hamburg, Nr. 1, Januar 1961.



Die überaus enge Spezialisierung der kubanischen Wirtschaft bestimmte die besondere Abhängigkeit der Ökonomik vom Außenhandel: 75 Prozent der Produktion wurden exportiert, und 60 Prozent des Konsums entfielen auf importierte industrielle und landwirtschaftliche Waren.

Bei der Ausplünderung der Naturschätze des Landes und bei der Ausbeutung des Volkes arbeiteten die amerikanischen Monopole mit den einheimischen herrschenden Klassen zusammen. Die Latifundienbesitzer, die großen Kompradoren, das Wucherkapital, die hohen Beamten und die Kirche – das waren die Kräfte, mit deren Hilfe die Wallstreetmagnaten, die ihr Kapital auf Kuba investiert hatten, aus dem Schweiß des kubanischen Volkes Hunderte von Millionen Dollars herauspreßten.

Den Kräften des Imperialismus und der inneren Reaktion standen ihrem sozialen Charakter nach verschiedene, aber an der Beseitigung der Vorherrschaft des Auslandskapitals und der feudalen Überreste gleichermaßen interessierte patriotische Kräfte gegenüber, nämlich die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die nationale Bourgeoisie.

Die städtische mittlere Bourgeoisie und besonders das städtische Kleinbürgertum, die eine zahlenmäßig ziemlich starke Schicht der Bevölkerung bilden (etwa 57 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in Städten!), bekamen den Druck des amerikanischen Kapitals immer mehr zu spüren. Da sie an der Entwicklung der nationalen Industrie und des Handels interessiert waren, haben sie sich immer um eine Beschränkung der Vorherrschaft des ausländischen Kapitals bemüht. Sie plädierten für die Einführung von Schutzzöllen, für die Abschaffung der Monokulturen in der Landwirtschaft und forderten eine Agrarreform.

Obwohl die kubanische Industrie nur schwach entwickelt war und daher die Arbeiterklasse noch recht jung ist, war sie es, die sich am beharrlichsten für die nationale Unabhängigkeit und für die Beseitigung der amerikanischen Vorherrschaft auf Kuba einsetzte. In ihrem schweren Kampf wurde sie von den Tagelöhnern und den Landarbeitern der Plantagen weitgehend unterstützt. Hierbei handelte es sich um nahezu 600 000 Menschen, die durchschnittlich im Jahr nur vier Monate (Januar bis April) in der Zuckerindustrie Beschäftigung fanden; außerhalb dieser Zeit belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 700 000 bis 800 000 Menschen. Dieses Proletariat fand seinen zuverlässigsten Verbündeten in der kubanischen Bauernschaft; denn sie wurde durch die halbfeudalen und kapitalistischen Ausbeutungsmethoden hart betroffen.

Ermutigt durch die Entstehung des sozialistischen Weltsystems unter der Führung der Sowjetunion und den weltweiten Befreiungskampf der kolonial und halbkolonial unterdrückten Völker, erkämpfte sich das kubanische Proletariat

eine starke Position und fand in der Sozialistischen Volkspartei Kubas die politische Kraft, die es zur Durchsetzung seiner berechtigten Forderungen benötigte. In zahlreichen Aktionen erzwangen nach dem zweiten Weltkrieg die Werk-tätigen das Streikrecht, den Achtstundentag und schließlich auch bezahlten Urlaub.

Diese Entwicklung paßte ganz und gar nicht in das Konzept der amerikanischen Monopole und der großen kubanischen Kompradoren. Die Regierung Grau San Martin konnte das Anwachsen der demokratischen Kräfte und die Festigung der Einheit der kubanischen Arbeiterklasse nicht verhindern. Es entstand eine Situation, die die Verwirklichung der weitreichenden Pläne der herrschenden Kreise der USA auf Kuba fast unmöglich machte.

Da die Regierung Prio Socarrás die USA-Forderung nach Aufhebung der Verfassung von 1940, der Liquidation der Rechte der Werk-tätigen sowie dem Verbot der Sozialistischen Volkspartei Kubas nicht nachkommen konnte, veranlaßte die amerikanische Botschaft in Havanna einen Staatsstreich. Dies war leicht möglich, denn in den reaktionären Generälen und Offizieren des kubanischen Heeres fand sie willige Kräfte für ein solches Unternehmen. Der berüchtigte General Fulgencio Batista war der geeignete Mann für die Errichtung einer Diktatur nach amerikanischen Vorstellungen; denn er hatte sich ja bereits als Unterdrücker des kubanischen Volkes einen Namen gemacht.

Batista rechtfertigte das Vertrauen seiner Gönner und Auftraggeber. Die Zeit seiner Diktatur wurde zu der finstersten Zeit Kubas, die zu erneutem Abbau aller demokratischen Rechte führte, und zu einer wahren Blütezeit für die Ausbeuter des Volkes. Gleich zu Beginn seiner Herrschaft löste er den Kongreß auf, verbot die für Juli 1952 festgesetzten Wahlen und bereitete die Auflösung der politischen Parteien vor. Weiter wurden alle verfassungsmäßigen Garantien aufgehoben; Rundfunk, Fernsehen und das gesamte Pressewesen wurden einer strengen Zensur unterworfen, und schließlich verfügte Batista auch noch ein Verbot der Rede- und Versammlungsfreiheit.

Während die amerikanischen Monopole ihre Profite in der Zeit der Batista-Diktatur auf Kuba von Jahr zu Jahr steigerten, mehr als 200 neue amerikanische Gesellschaften auf der Insel Fuß faßten und Batista selbst (bis 1959) ein Vermögen von mehr als 300 Millionen Dollar ergaunerte, verschlechterte sich die Lage der Werk-tätigen immer mehr. Die Löhne der Arbeiter wurden um 25 Prozent gesenkt, es erfolgten Massenentlassungen, und die Arbeitslosigkeit stieg auf eine bis dahin unbekannte Höhe. Als Folge der nur auf Ausbeutung gerichteten Wirtschaftslenkung trat eine beunruhigende Verknappung der wichtigsten Lebensmittel ein. Das Proletariat



verelendete immer mehr; die Staatsschulden vervierfachten sich und überschritten 1 Milliarde Pesos.

Batista setzte dem wachsenden Unwillen des kubanischen Volkes und der stetig breiter werdenden Opposition blutigen Terror entgegen. Unter der Flagge des Antikommunismus stellte er die Sozialistische Volkspartei außerhalb des Gesetzes und unterdrückte mit Waffengewalt jede Aktion gegen seine imperialistischen Auftraggeber.

### Der revolutionäre Befreiungskampf des kubanischen Volkes

Es ist ein unbestrittenes historisches Verdienst Fidel Castros – obgleich er damals den anderen Seiten des Kampfes gegen die Tyrannei nur ungenügende Aufmerksamkeit schenkte –, daß er jene Kräfte organisierte, aufstellte und ausbildete, die notwendig waren, den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur Batistas zu beginnen und durchzuhalten, um das Regime zu stürzen und der kubanischen Revolution den Weg zu bereiten. Der bewaffnete Kampf, von einer kleinen Partisanengruppe und durch die Aktionen bewaffneter Trupps in Santiago de Cuba begonnen, wurde, indem sich aus den kleinen Partisanengruppen größere Einheiten bildeten und schließlich die Revolutionäre Armee entstand, zum entscheidenden Mittel für den Sturz der Diktatur und die Errichtung der revolutionären Macht.

Fidel Castro ist Sohn einer sehr wohlhabenden Farmerfamilie aus der Provinz Oriente, der größten und östlichsten der sechs Provinzen Kubas. Schon als junger Student der Rechte an der Universität Havanna wurde er zu einer populären Persönlichkeit. Während der Batista-Diktatur trat er als hervorragender Redner der Oppositionsbewegung in Erscheinung. Am 26. Juli 1953 organisierte er gemeinsam mit seinem Bruder Raul und eipigen Studienfreunden den berühmten gewordene Sturm auf die Festung Moncada in Santiago de Cuba, der allerdings infolge ungenügender Vorbereitung fehlschlug. Dennoch leitete diese Aktion die kubanische Revolution ein, indem sich aus ihr heraus die Bewegung des 26. Juli, die Bewegung Fidel Castros entwickelte, die zum Waffenträger der Revolution wurde.

Fidel und Raul Castro wurden, zusammen mit einigen Kampfgefährten der Aktion gegen die Polizeizentrale Moncada, verhaftet, vor ein Sondergericht Batistas gestellt und zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei Jahre später verfügte Batista – einer Empfehlung der katholischen Kirche folgend, denn auch der Erzbischof von Santiago wandte sich gegen das volksfeindliche Regime Batistas – eine Amnestie, durch die auch die Gebrüder Castro wieder ihre Freiheit erlangten. Einige Anhänger Castros hatten inzwischen kleine,

illegal arbeitende Organisationen auf Kuba geschaffen, die sich der Bewegung des 26. Juli anschlossen und den Gedanken der bewaffneten Revolution propagierten. Die Gebrüder Castro gingen nach ihrer Haftentlassung sofort nach Mexiko ins Exil. Hier sammelte Fidel 82 tapfere Kubaner um sich, die bereit waren, an einem bewaffneten Aufstand gegen Batista teilzunehmen. Nach einer gründlichen Ausbildung im Waffengebrauch wollte diese kleine Schar auf Kuba landen und die Heimat befreien.

Monate hindurch trainierten die 82 Patrioten unter der Anleitung eines alten spanischen Generals, der während des spanischen Bürgerkrieges auf seiten der Republikaner gekämpft hatte. Sie lernten das Kriegshandwerk, lernten illegal zu leben und zu arbeiten. Die mexikanische Polizei beobachtete sie, beschlagnahmte die mühsam beschafften Waffen, und schließlich wurden Fidel Castro und seine Mitstreiter vorübergehend in Haft genommen. Trotz all dieser Rückschläge und Behinderungen verfolgte dieser kleine Trupp mutiger Kubaner unbeirrt sein Ziel.

Im Herbst 1956 setzten sie mit der „Gramma“, einem nur kleinen Schiff, von Mexiko nach Kuba über. Die Seefahrt verlief nicht ohne Zwischenfälle. Ein schwerer Sturm brachte das Boot von dem vorgesehenen Kurs ab, und die 82 Männer Fidels landeten an einer entlegenen Stelle der Insel. In einem Gewaltmarsch durch weite Sumpfgebiete erreichten sie die Berge der Sierra Maestra. Hier vollzog sich das Schicksal dieser tapferen Männer. Durch Verrat in einen Hinterhalt gelockt, wurden sie von starken Einheiten der Batista-Armee vernichtet. In dem ungleichen Kampf kamen 70 Gefolgsleute Castros ums Leben. Die zwölf Überlebenden flüchteten hoch in die Berge der Sierra Maestra, wo sie an einem verabredeten Ort zusammentrafen.

Und mit diesen zwölf verschworenen Kämpfern, die einander in der Stunde der größten Not den Schwur leisteten, nicht zu ruhen, bevor die Revolution gesiegt hat, baute Fidel Castro in mühevoller Kleinarbeit eine neue, schlagkräftigere Gruppe auf. Es waren die Barbudos aus den Bergen, wie die Rebellen im Volksmund genannt wurden, und diese Bezeichnung ist auch heute noch ein Ehrentitel für jeden Revolutionär auf Kuba. Sie haben gelobt, ihre Vollbärte zu tragen, bis die Revolution siegreich beendet ist.

Fidel Castro und seine Männer standen nicht allein. Die Arbeiter und Bauern aus den Bergen und den benachbarten Bezirken scharten sich um sie. Aus einer schwachen Widerstandsgruppe wuchs eine schlagkräftige Rebellenarmee. Aus den Bergen heraus organisierte sie ein weites Widerstandsnetz über die ganze Insel. Neue Kampfgruppen wurden aufgestellt und ausgebildet; in den Bergen wurde das erste Krankenhaus der Rebellen gebaut, und es entstand der erste Rundfunksender, „Radio Rebelde“.



Der Kampf gegen Batista wurde also mit allen Mitteln geführt, und die Zahl der Anhänger der Aufständischen nahm schnell zu. Große Resonanz in den breitesten Bevölkerungsschichten fand der Aufruf der Sozialistischen Volkspartei, den bewaffneten Kampf der Partisanen zu unterstützen, ihn mit dem politischen und wirtschaftlichen Kampf in den Städten zu verbinden und dadurch die Aktionseinheit aller gegen Batista gerichteten Kreise herzustellen. Unmittelbar nach diesem Aufruf wurden Kleider- und Geldsammlungen für die Rebellen durchgeführt, die Bevölkerung versorgte die Partisanen mit Lebensmitteln, Medikamenten und gewährte ihnen Quartier. Die Aufstandsbewegung wurde zu einer Massenbewegung des kubanischen Volkes. Selbst zahlreiche Mitglieder der nationalen Bourgeoisie beteiligten sich aktiv an dem Kampf um Kubas Freiheit.

Als Fidel Castro mit seinen wenigen Freunden in den Bergen der Sierra Maestra den Kampf gegen eine überwältigende Mehrheit begann, versuchte man sein Unternehmen in der amerikanischen Presse lächerlich zu machen. Man sprach von einem „neuen Don Quijote“, von einem „Köter, der auf dem Hinterhof Amerikas belle“. Aber schon nach sehr kurzer Zeit war aus dem Verhalten der USA zu erkennen, daß die Freiheitsbewegung Castros zu einem „Messer an der Gurgel Amerikas“ geworden war. In fieberhaftem Tempo wurde Batista von den USA selbst und schließlich auch von England, Frankreich, Italien und Belgien mit modernstem Kriegsgeschütz, vom Düsenjäger bis zur Napalmbombe, ausgerüstet. Aber auch damit konnte sich das Regime des Diktators Batista nicht mehr retten. Dies wurde deutlich an dem Fehlschlag der militärischen Großoperation Batistas gegen Castro und seine Rebellen in der Zeit von Mai bis Juli 1958.

Im August 1958 umfaßte die Befreiungsarmee Castros rund 6000 gut bewaffnete und ausgebildete Kämpfer. Diese Partisanenabteilungen verließen nun die schützenden Berge und begannen, von der Bevölkerung begeistert unterstützt, ihr Operationsgebiet sehr schnell zu vergrößern. Fidel Castro sah sich zu diesem Schritt aus zwei Gründen gezwungen. Im Juli 1958 hatte eine Abteilung amerikanischer Marineinfanterie den Bezirk Yateras in der Provinz Oriente, nahe dem amerikanischen Marinestützpunkt auf Kuba, Guantánamo, besetzt. Diese offene Intervention in die inneren Angelegenheiten Kubas wurde damit begründet, daß die Wasserversorgung des amerikanischen Marinestützpunktes sichergestellt werden müsse. In Wirklichkeit aber hofften der amerikanische Botschafter auf Kuba, Smith, und natürlich auch Batista, durch diese Maßnahme einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen USA-Truppen und der Befreiungsarmee Castros provozieren zu können. Castro mußte nun durch eigene militärische Aktionen weitere Interventionen durch USA-Truppen verhindern. Der zweite Grund für das Vorgehen der Par-

tisanenarmee war der sich immer mehr verschärfende Terror der Batista-Clique gegen die kubanische Bevölkerung. Auch er bewirkte, daß sich die ehemals kleine Partisanengruppe aus den Bergen der Sierra Maestra zu einer revolutionären Armee der Aufständischen entwickelte.

Diese nun schon aus acht selbständigen Abteilungen bestehende Armee konnte noch im August vierzehn Bataillone der Regierungstruppen in den Provinzen Oriente und Camagüey vernichtend schlagen. In den folgenden zwei Monaten drangen die Aufständischen weiter nach Westen vor, und wieder zwei Monate danach, etwa Ende Dezember 1958, war Batistas Armee restlos demoralisiert und begann sich aufzulösen. Ganze Einheiten traten geschlossen und bewaffnet zu den Aufständischen über. Ein letzter Generalangriff der Aufständischen führte schließlich zum Sturz des Regimes. Batista flüchtete in die Dominikanische Republik. Die Armee der Aufständischen setzte ihren Siegeszug fort, eroberte bis zum 1. Januar 1959 die meisten der größeren Städte und rückte am 2. Januar in Havanna ein. Einen Tag später war die ganze Insel fest in den Händen der Rebellen. Damit fand die wohl größte Volksbewegung in der Geschichte Kubas ihren Abschluß.

### **Die Rolle der Sozialistischen Volkspartei und ihr Kampf um die Freiheit Kubas**

Obwohl der bewaffnete Kampf das entscheidende Mittel für den Sturz der Diktatur und den Triumph der Revolution war, darf die Rolle der anderen Formen des Kampfes, die für die Erringung des Sieges zusammenwirkten, nicht übersehen werden. Zahllose größere und kleinere Einzelaktionen, die außerhalb des Wirkungsbereiches der Rebellenarmee durchgeführt wurden, banden starke Kräfte der Regierungstruppen und verhinderten damit ihre noch stärkere Konzentration auf Castros Armee. Auf diesem Gebiet leistete die Sozialistische Volkspartei Kubas ausgezeichnete Arbeit. Seit Fidel Castro die ersten Kampfeinheiten aufgestellt hatte, war sie unablässig bemüht, diesen jede nur erdenkliche Unterstützung zu geben.

Sofort nach der Landung Fidel Castros und seiner Anhänger auf Kuba, im Herbst 1956, rief die Sozialistische Volkspartei alle oppositionellen Parteien auf, in gemeinsamen oder getrennten Aktionen die Kräfte der damaligen Regierung zu binden und somit zu verhindern, daß die bewaffnete Revolution bereits im Keim erstickt wurde. Dieser Aufruf erfolgte in einem Brief, der eine große Resonanz fand. Batista-Polizisten hatten ihn während einer Haussuchung bei einem Rechtsanwalt gefunden und in der der Regierung



unterstehenden Presse veröffentlicht. Nicht zuletzt auch dadurch verstärkte sich die praktische Hilfe weiter Bevölkerungsschichten für Castro unter der umsichtigen Anleitung durch die Sozialistische Volkspartei. Im ganzen Land konnten Partisanenstützpunkte gebildet werden, die eine nahezu sprunghafte Ausweitung der Partisanenbewegung über die ganze Insel bewirkten. Diese Ausweitung der Befreiungsbewegung wiederum war auf die großen Erfolge der Revolutionären Armee Fidel Castros zurückzuführen.

Die Maxime<sup>11)</sup> der Imperialisten sowie der korrupten Machthaber, Reaktionäre und Ausbeuter auf Kuba hieß: „Teile und herrsche!“ In logischem Widerspruch dazu hieß und heißt die Maxime der kubanischen Revolutionäre, der Vertreter der Arbeiterklasse, der Bauern und des ganzen Volkes, die Maxime aller Marxisten-Leninisten: „Einig sein und siegen!“, siegen über die Feinde der kubanischen Nation, des kubanischen Volkes und der kubanischen Arbeiterschaft. Von diesem Gedanken ließ sich die Sozialistische Volkspartei Kubas in ihrem gesamten Kampf gegen die Diktatur leiten; er bestimmte ihr Handeln im weiteren Verlauf der Revolution, und er hat auch über den politisch-militärischen Sieg der Revolution hinaus Bestand.

Es ist unbestritten das Verdienst der Sozialistischen Volkspartei, daß sie in ihren Bemühungen um die Herstellung einer Aktionseinheit zwischen den verschiedenen oppositionellen Parteien mit Erfolg versuchte, die Arbeiterklasse und alle werktätigen Massen Kubas zu vereinen, das feste Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern zu schmieden, sie mit der städtischen Kleinbourgeoisie zu vereinen und die Zusammenarbeit mit jenen Teilen der nationalen Bourgeoisie zu erreichen, die mit ihren Interessen objektiv im Widerspruch zum Imperialismus standen und sich ihm entgegenstellten. Dadurch wurde die Einheit aller Volkskräfte – der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der städtischen Kleinbourgeoisie und der nationalen Bourgeoisie – auf der Grundlage eines klaren Kampfprogramms gegen die Diktatur und den Imperialismus und für die grundlegenden Maßnahmen zur Überwindung der kubanischen Krise geschaffen.

Diese notwendige Einheit wurde von den amerikanischen Imperialisten, den Anhängern der Diktatur, den Großgrundbesitzern und allen anderen Feinden der Revolution mit allen nur erdenklichen Mitteln bekämpft. Bei einer näheren Untersuchung der dabei zur Anwendung gelangenden Argumente und Manöver ergeben sich für die Deutsche Demokratische Republik bezeichnende Vergleichsmöglichkeiten und Parallelen. Das wichtigste und mit der größten Beharrlichkeit verfolgte Thema ist dabei der Antikommunismus und Antisowjetismus, geschickt serviert hinter Märchen von geographischem Fatalismus, „abendländischer Kultur“, Pan-

<sup>11)</sup> Maxime = Lebensregel, Grundsatz des Handelns und Wollens.

amerikanismus, „Verteidigung der Religion“ usw. Im Kampf gegen die Einheit und für die Spaltung der Volkskräfte ist man in der Wahl der Mittel nicht wählerisch. Dort wie bei uns werden besondere Diffamierungskampagnen gestartet, erfolgt die Einschleusung von Agenten und Provokateuren, werden Menschen gejagt, erpreßt und mißbraucht.

Die Sozialistische Volkspartei Kubas mußte einen Kampf auf drei Seiten führen. Mit Beginn der Aktionen Fidel Castros versuchte das imperialistische und reaktionäre Regime Kubas, jede Aktion und jegliche Mobilisierung der Massen zu verhindern. Die entstehende revolutionäre Macht regte, ihrer eigenen Natur entsprechend, die Aktionen und die Mobilisierung der Massen an und fand in der Sozialistischen Volkspartei Kubas einen treuen Bundesgenossen und unerwüdlichen Mitkämpfer. Die Orientierung auf die Massen des Volkes war für die Entwicklung der revolutionären Bewegung von grundlegender Bedeutung und konnte in erfolgsversprechender Weise nur durch die Sozialistische Volkspartei erreicht werden.

Die zweite Form des Kampfes der Sozialistischen Volkspartei waren die bereits geschilderten größeren und kleineren Einzelaktionen außerhalb des Wirkungsbereiches der Rebellenarmee Fidel Castros während des bewaffneten Kampfes. Die Gruppen und Formationen der Sozialistischen Volkspartei hielten dem verschärften Terror der Batista-Diktatur im Hinterland todesmutig stand und verhinderten dadurch den geschlossenen Einsatz der militärischen Kräfte der Diktatur. Diese Kampfform führte zu einer zunehmenden Demoralisierung der Armee Batistas, die im Dezember 1958 ihren Höhepunkt erreichte.

Die dritte Seite des Kampfes der Sozialistischen Volkspartei, die Tyrannei zu stürzen und der kubanischen Revolution den Weg zu bereiten, war der Kampf gegen die Illegalität der Partei (sie war durch die Batista-Diktatur beknäuelich verboten), war der Kampf um die Verteidigung der Forderungen der Arbeiter, die Unterstützung der zahlreichen Streikbewegungen. Gerade diese Kämpfe der Massen, auch wenn sie um ökonomische und Teilforderungen geführt wurden, hoben das revolutionäre, antiimperialistische und gegen die Diktatur gerichtete politische Bewußtsein der Arbeiter, der Bauern und des ganzen kubanischen Volkes. Gerade diese Kämpfe der Massen waren es, die die arbeiterfeindliche und antinationale Rolle des Batista-Regimes, die verbrecherische Handlungsweise der Imperialisten deutlich machten. Sie zeigten zugleich in aller Offenheit, daß es, um die endgültige Beseitigung der Krise des Landes herbeizuführen, unerlässlich war, die Grundprobleme, das heißt die sozialökonomischen Probleme und nicht nur deren politische Erscheinungen, zu lösen.



Diese großen und kleineren Aktionen der Volksmassen wurden vorbereitet von Arbeitern und Bauern, von Mitgliedern der Sozialistischen Volkspartei. Jede Aktion, jeder Streik war ein Schlag gegen die Diktatur und den Imperialismus. Dadurch wurde die Macht der Batista-Clique untergraben.

Ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken der beiden revolutionären Kräfte auf Kuba, der Rebellenarmee Fidel Castros und der Sozialistischen Volkspartei, lieferte die Kampagne für den Boykott der Wahlen vom November 1958. In einer gemeinsamen Aktion riefen das Kommando in der Sierra und die Führung der Sozialistischen Volkspartei das kubanische Volk auf, die Wahlen zu boykottieren und zu einer Niederlage für Batista werden zu lassen. Diese Maßnahme erwies sich als so wirksam, daß selbst die Terrorregierung ihre Auswirkungen nicht verbergen konnte. Das Fernbleiben der Mehrzahl der Wähler von den Urnen demokratisierte die Regierung und blieb auch auf die militärischen Kader nicht ohne Auswirkung. Eine Armee, die die Unterstützung ihres eigenen Landes verloren hat, geht einer sicheren Niederlage entgegen. Diese Erkenntnis rief bei den Streitkräften Batistas eine absolute Niederlagenstimmung hervor und beschleunigte fraglos den Niedergangsprozeß des Regimes.

Auch als auf Initiative der revolutionären „Bewegung des 26. Juli“ die Nationale Arbeiterfront Kubas entstand, war es der Sozialistischen Volkspartei zu danken, daß sich dieses neue Instrument mit ihren eigenen Komitees zur Verteidigung der Forderungen der Arbeiter koordinierte; das wurde durch die Bildung der Vereinigten Nationalen Arbeiterfront erreicht, die dann eine bedeutende Rolle in den letzten Etappen des Kampfes gegen die Diktatur spielte, dies ganz besonders auch beim Generalstreik im Januar 1959, der auf einen Aufruf Fidel Castros hin durchgeführt wurde. Castro bewirkte durch diesen viertägigen politischen Generalstreik das Scheitern der Pläne der Reaktion, nach der Flucht Batistas und seiner Anhänger Regierungen aus Beamten des Obersten Gerichtshofs oder aus militärischen Kreisen einzusetzen.

Ebenso wie die neue Volkspartei für die Einheit der Arbeiter innerhalb einer Gewerkschaftsbewegung unter ehrenhaften, nach Einheit strebenden, ihrer Klasse treuen, anti-imperialistischen und revolutionären Führern kämpfte, sorgte sie auch für die Einheit der verschiedenen Volksschichten in ihren Organisationen. Unermüdlich kämpfte sie für die Vereinigung der Bauern in eigenen Organisationen, die von ihnen selbst und nicht von den Großgrundbesitzern und Gutsbesitzern oder deren Agenten geleitet wurden. Sie unterstützte auch alle Bestrebungen, die darauf gerichtet waren, die Studenten in einheitlichen Verbänden zu vereinigen und an die Spitze dieser Vereinigungen revolutionäre, richtig

orientierte Leitungen zu stellen. Ebenfalls unterstützte sie Bestrebungen gleicher Art in den Frauen- und Jugendorganisationen und den Organisationen der Berufsgruppen, der Intellektuellen und der Massen der Negerbevölkerung.

Durch den bewaffneten Kampf entstand die Einheit des Volkes und seiner revolutionären Armee. Fidel Castro öffnete die Reihen der Armee allen, die mit der Waffe in der Hand gegen die Diktatur und für die Revolution kämpfen wollten. Die Sozialistische Volkspartei unterstützte diese Entscheidung mit ihrer ganzen Kraft, weil sie damit eine Einheit auf bester revolutionärer Grundlage schmieden konnte. Das förderte die Einheit des ganzen Volkes — wie sie für den Sturz der Diktatur erforderlich war und auch erreicht wurde —, wobei sich das Volk zuerst um die Revolutionäre Armee und dann um die Revolutionäre Regierung scharte, nachdem diese von hemmenden Elementen gesäubert worden war.

Die kubanische Einheit schmiedete sich — ohne schriftliche Pakte zwischen den Organisationen — um die Revolutionäre Armee und die Revolutionäre Regierung, die in aktiver Zusammenarbeit aller revolutionären Kräfte das patriotische und antiimperialistische Programm der Nation, das demokratische, antifeudalistische und fortschrittliche Programm des kubanischen Volkes anwandten und verwirklichten.

Nach der Errichtung der revolutionären Macht trat der Kampf um die Einheit, die Koordinierung und die Zusammenarbeit aller revolutionären und Volkskräfte in eine neue Phase. Diese Einheit und Zusammenarbeit mußten notwendigerweise der Unterstützung der revolutionären Macht bei der Verteidigung der Revolution und ihrer Weiterentwicklung dienen. Das klassenmäßige Ziel des Kampfes für die Einheit blieb auch weiterhin das gleiche: feste Einheit der Arbeiterklasse, Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und mit dem städtischen Kleinbürgertum als den grundlegenden Kräften der Revolution. Die Verwirklichung dieses Zieles hing in erster Linie von der richtigen Zusammenarbeit, von einer Verschmelzung der bewußten und konsequenten revolutionären Kräfte in einer einheitlichen allgemeinen Bewegung ab.

Bedeutsame Erfolge auf dem Wege zu dieser Einheit wurden innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erzielt. Nicht minder bedeutsam waren die Erfolge in der Bauernbewegung bei der Ausdehnung und Stärkung der regionalen Vereinigungen, den Maßnahmen zur Förderung der Genossenschaften, zur Erfüllung der Produktionspläne, zur Organisation und Ausbildung der Milizen und zur Lösung vieler kleiner Probleme, die im täglichen Leben auf dem Lande auftauchen. Auch in der Vereinigung der Jugend konnte in der Organisation der „Jungen Rebellen“ und bei der Bildung der Jugendbrigaden für freiwillige Arbeit die Einheit hergestellt werden.



Dies trifft auch zu für die Organisationen der Frauen, der Studenten und der Negerbevölkerung, die in eigenen sowohl als auch in solchen Einrichtungen, die rassisch nicht abgegrenzt sind, zusammengeschlossen ist.

Dieser Fortschritt in der Einheit der Massen ist die sicherste Garantie für die kubanische Revolution, für ihre unzerstörbare Festigkeit und ihr ständiges Vorwärtsschreiten.

### Das neue Kuba

Die Unterzeichnung des Gesetzes über die Bodenreform durch die Revolutionäre Regierung am 17. Mai 1959 in den Bergen der Sierra Maestra leitete ein neues Stadium im langwierigen Kampf des kubanischen Volkes ein, in dessen Verlauf das leidgeprüfte Kuba nach vielhundertjähriger kolonialer Abhängigkeit heute seine volle wirtschaftliche und politische Befreiung erlangt.

Unter der Führung Fidel Castros hat das bewaffnete Volk die Macht in seine Hand genommen und einen neuen Staatsapparat geschaffen, um die Aufgaben zu lösen, die für das kubanische Volk von größter historischer Bedeutung sind: Sicherung der Souveränität, der politischen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes — der Grundlage für den Fortschritt und den Wohlstand des kubanischen Volkes.

Das Gesetz über die Bodenreform ist Ergebnis und Ausdruck dieses Prozesses und dieser Bestrebungen. Dieses Gesetz war eine Notwendigkeit und wurde innerhalb der kurzen Frist von zehn Monaten, den Forderungen des kubanischen Volkes entsprechend, durchgeführt.

In der Präambel des Gesetzes über die Bodenreform sind Angaben der landwirtschaftlichen Zählung von 1946 enthalten. Sie zeigen eine hochgradige Konzentration des Bodens in den Händen weniger Großgrundbesitzer und amerikanischer Monopole, wie wir sie bereits in dem Abschnitt „Das Inselreich Kuba“ dargelegt haben. Demgegenüber besaßen rund 111 000 bäuerliche Betriebe mit höchstens 2 Caballería (2 Caballería gewährleiten einer Familie das Existenzminimum) insgesamt nur 76 000 Caballería Boden. Daneben existierten etwa 62 000 Kleinwirtschaften, die zumeist weniger als drei Viertel Caballería Land bewirtschafteten. Dieser Zustand bewirkte die erschütternde wirtschaftliche Rückständigkeit, die unbeschreibliche Not und den erschreckend hohen Krankheitsstand auf dem Lande, in deren Folge zugleich auch die Landflucht der Bevölkerung und die dadurch bedingte Überbevölkerung der Städte. Es wurde eingangs bereits erwähnt, daß 57 Prozent der Bevölkerung in den Städten leben.

Nur durch das Gesetz über die Bodenreform konnte Kuba die unumgänglich notwendigen Voraussetzungen schaffen, um die politische, wirtschaftliche und soziale Sklaverei zu beenden. Das heißt also: die Beschränkung des Grundbesitzes findet ihre Rechtfertigung nicht nur in einem Akt der sozialen Gerechtigkeit gegenüber der Landbevölkerung, den Bauern und Landarbeitern, sondern auch in einer streng wissenschaftlichen Begründung, die diese Maßnahme bedingte. Ohne Bodenreform wäre Kuba unweigerlich ein rückständiges Land geblieben, da das Latifundiensystem seinem Charakter nach die politische, wirtschaftliche und soziale Unterdrückung großer Bevölkerungsteile — auch über die eigentliche Landbevölkerung hinaus — bedingt.

Der neue Weg Kubas — und dies wurde von der Revolutionären Regierung richtig erkannt — mußte mit der Bodenreform beginnen. Der Direktor des Nationalen Instituts für Bodenreform (INRA), Antonio Nunez Jiménez, Kuba, erläutert in seiner Broschüre „Esquema de la Historia de la Reforma Agraria Cubana“ die Bodenreform. Er schreibt:

„Das Gesetz über die Bodenreform:

- a) setzte im ersten Artikel die Höchstgrenze für den Grundbesitz einer Einzelperson oder Organisation fest. Diese Höchstgrenze bedeutet das Ende der Latifundien;
- b) legte fest, daß der Boden künftig nur kubanischen Bürgern übergeben werden kann;
- c) bestimmte die kostenlose Übergabe von Bodenstücken bis zu zwei Caballería an die Bauern, die sie als Pächter, Unterpächter, Colonos oder Subcolonos, als Mitbesitzer oder zeitweilige Besitzer bearbeitet hatten, ganz gleich, ob diese Bodenstücke Privat- oder Staatseigentum waren. Es verteilte die Ländereien der enteigneten Latifundien unter die Bauern und Landarbeiter, die keinen Boden besaßen;
- d) annullierte die Kontrakte und schaffte die feudalen Formen ab, die in unserer Landwirtschaft geherrscht hatten (Tagelöhner, Bodenrenten, Abgabe für die Kirche usw.);
- e) schuf zur Durchführung der Bodenreform eine entsprechende Organisation — das Nationale Institut für Bodenreform (INRA)<sup>12)</sup>;
- f) stattete die INRA für ihre Tätigkeit mit den nötigen Vollmachten und Mitteln aus, damit sie den Bauern mit dem Boden zugleich landwirtschaftliche Geräte, Düngemittel, Saatgut zur Verfügung stellen, Subsidien<sup>13)</sup> und technische Hilfe gewähren sowie das Gesundheits- und Bildungswesen organisieren kann.“

Den enteigneten Bodeneigentümern wird im Artikel 29 des Gesetzes über die Bodenreform grundsätzlich das Recht auf Entschädigung zuerkannt, und zwar in Form von staatlichen

<sup>12)</sup> INRA = Instituto Nacional de Reforma Agraria.

<sup>13)</sup> Subsidien = Hilfgelder.



Obligationen mit einer Laufzeit von zwanzig Jahren und einem jährlichen Zinssatz von 4,5 Prozent. Kleine Grundbesitzer wurden bei der Entschädigung begünstigt, sowohl was deren Höhe betrifft als auch hinsichtlich des Zahlungsmodus. In besonderen Härtefällen wurde sofort gezahlt. Entschädigungsbeträge, die für den Aufbau der Industrie zur Verfügung gestellt werden, erhalten einen zehnjährigen Steuererlaß.

Die INRA schätzt den Taxwert, der den Entschädigungszahlungen zugrunde gelegt wird. Um eine erneute Bodenkonzentration unmöglich zu machen und die Gefahr der Bodenspekulation auszuschalten, kann Boden nur über die INRA verkauft werden; selbst Tausch unterliegt der Kontrolle durch dieses staatliche Organ.

Das Recht auf Entschädigung kennzeichnet die Veränderung der Bodenbesitzverhältnisse als eine bürgerlich-demokratische Reform; sie entspricht der Struktur der nationalen Befreiungsfront, der Teilnahme weiter Kreise der Bourgeoisie am antiimperialistischen Befreiungskampf.

Die Entschädigungssumme je Caballería beläuft sich auf 500 bis 1500 Peso, während der „Verkehrswert“ vor dem Sturz Batistas durchschnittlich 5600 Peso betrug<sup>14)</sup>. Diese Monopolpreise wurden von den früheren Besitzern selbst auf diese Höhe getrieben. Bedenkt man aber, daß der Boden von den Großgrundbesitzern und Monopolen selbst zu Spottpreisen erworben wurde, so ist die Festlegung der Entschädigungssätze durch die kubanische Regierung mehr als großzügig.<sup>15)</sup>

Die Veränderung der Bodenbesitzverhältnisse auf der Grundlage des Gesetzes über die Bodenreform diente der Beseitigung der feudalen Überbleibsel des Latifundiensystems und der Macht der ausländischen Monopole; sie war keine sozialistische oder gar „kommunistische“ Maßnahme, wie es die Reaktion und die USA-Presse behaupteten, sondern eindeutig Bestandteil der Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung.

Das Gesetz unterstützt die Entwicklung dieser Ordnung auf dem Lande noch weit darüber hinaus; denn die Aufgaben des INRA sind, wie aus den voraufgegangenen Gesetzesauszügen ersichtlich ist, nicht nur auf die Bodenverteilung beschränkt. Da dieses Organ zugleich auch zum Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse befugt ist und gerechte Preise garantiert, schützt es die Bauern auch vor einer Übervorteilung durch den Handel. Zu den Aufgaben des INRA gehören ferner die Untersuchung aller Möglichkeiten zur Steigerung

der Agrarproduktion, die Ausarbeitung entsprechender Vorschläge und Entwicklungspläne, Richtlinien für die Ausbildung von Kadern und vieles andere.

Dadurch konnte auch die Entwicklung neuer Zweige der landwirtschaftlichen Produktion gesichert werden. Dies war für die wirtschaftliche Unabhängigkeit Kubas unerlässlich, wie ein 1956 veröffentlichter Bericht deutlich macht. Daraus geht hervor, welche Bodenfläche in den USA bestellt wurde, um Kuba mit den nötigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu versorgen, und welche Bodenflächen in Kuba unbestellt blieben, um diese Produkte von Amerika zu kaufen. Danach wurden in den USA insgesamt 4 297 487 Acre<sup>16)</sup> Land bebaut, um die kubanischen Importe zu decken, während auf Kuba 125 237 Caballería guten Bodens unbearbeitet bleiben mußten, weil es die USA-Monopole so wollten. Diese Bodenfläche aber hätte ausgereicht, um die importierten Produkte selbst zu produzieren.

Die tiefgreifenden Veränderungen in der kubanischen Landwirtschaft schufen zugleich auch die Voraussetzungen für die Entwicklung von der Einzelwirtschaft zu gesellschaftlichen Formen der landwirtschaftlichen Produktion. Zur Lösung der zahlreichen Probleme, die sich hierbei ergeben, sind in dem Gesetz über die Bodenreform auch entsprechende Maßnahmen festgelegt, die den Übergang zu sozialistischen Bewirtschaftungsmethoden anregen und erleichtern sollen. In der ersten Etappe der Revolution wurden Maßnahmen ergriffen, die den Zusammenschluß der Einzelbauern in Genossenschaften fördern und den Weg zu höheren Formen der Kooperation bahnen (u. a. Bildung von Kredit- und Konsumgenossenschaften, Gründung gemeinschaftlicher Saatgutfonds, Gründung von Straßen- und Hausbaugemeinschaften). Auch die gemeinsame Bodenbearbeitung wurde – zumindest in einigen Provinzen – sehr schnell eingeführt.

Bedingt durch die sozialökonomische Struktur der Landbevölkerung zum Zeitpunkt der siegreichen Beendigung der bewaffneten Revolution und durch das Vorhandensein der großen Plantagen, entwickelten sich Produktionsgenossenschaften besonderer Art. Diese Besitzungen wurden nicht erst an einzelne Landarbeiter und Bauern aufgeteilt, sondern sofort kollektiv bewirtschaftet und zum kollektiven Eigentum erklärt. Im Jahre 1961 bestanden auf Kuba bereits über 1400 große landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Daneben wurden rund 600 Genossenschaften für die Zuckerproduktion geschaffen. In diesen arbeiten mehr als 200 000 Kubaner.

Um den Lebensstandard der Landbevölkerung schnellstens zu heben, schuf das INRA die Nationale Vereinigung der Volksläden. Es ist dies eine Organisation, die heute bereits

<sup>14)</sup> Siehe beispielsweise „Handelsblatt“, Düsseldorf, Nr. 73, vom 25. Mai 1959.

<sup>15)</sup> Als Beispiel sei die amerikanische Nipe Bay Company, eine Tochtergesellschaft der United Fruit Company, genannt, die im Jahre 1905 für 3713 Caballería Land insgesamt nur 100 Dollar zahlte.

<sup>16)</sup> 1 Acre = 40,468 Ar.



über mehr als 2000 Läden verfügt und jeden Preiswucher mit Nahrungsmitteln und Textilien ausschließt. In den Volksläden werden die Waren zu einem geringen „Aufgeld“ auf den Selbstkostenpreis abgegeben. Diese Zuschläge decken lediglich den Unterhalt der Läden und die Transportkosten. Sie gewähren gleichzeitig bedürftigen Arbeitern Kredite, für die nur ein sehr geringer Zinssatz erhoben wird.

Mit dieser Entwicklung — sie wurde nur durch das Gesetz über die Bodenreform möglich — konnte die Revolutionäre Regierung Kubas die imperialistische Ausplünderung der Hunderttausende von Bauern und Landarbeitern beseitigen, sie zu Eigentümern und Herren des kubanischen Bodens machen.

Die Verwirklichung dieses Ziels und alle anderen demokratischen Reformen der Revolutionären Regierung Fidel Castros wurden von den Feinden der Revolution mit allen erdenklichen Mitteln bekämpft. Durch den Befreiungskampf hatte die innere Konterrevolution zwar eine schwere Niederlage erlitten; da sie aber zunächst ihre wirtschaftliche Macht behielt, war sie noch nicht endgültig geschlagen. Die Gefährlichkeit der inneren Konterrevolution vervielfachte sich durch den Einfluß und die Unterstützung der USA-Monopole. Sie waren im Kampf um die Erhaltung ihrer Positionen auf Kuba die schärfsten Gegner der kubanischen Revolution.

Es waren diese imperialistischen Kreise, die eine das ganze kapitalistische Lager umfassende Propagandaaktion gegen Kuba starteten, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen und für die geplanten „Gegenmaßnahmen“ einzunehmen. In einer Flut von Lügen wurden die neuen Gesetze und Maßnahmen Kubas als „subversiv“<sup>17)</sup> und „kommunistisch“ bezeichnet. Hohe amerikanische Regierungsbeamte und Mitglieder des Kongresses verlangten sofortige wirtschaftliche Sanktionen<sup>18)</sup>, u. a. die Einstellung der Zuckerimporte aus Kuba, um dadurch die Wirtschaft zu lähmen. Die Mehrzahl der auf Kuba befindlichen nordamerikanischen Gesellschaften stellten die Steuerzahlung an die neue Regierung ein und verursachten ihr dadurch große finanzielle Schwierigkeiten. Mit allen nur erdenklichen Mitteln versuchten die Imperialisten, die junge Revolutionäre Regierung unter Druck zu setzen, um sie an der Durchführung der Bodenreform und anderer Maßnahmen zu hindern.

Unter dem Einfluß der äußeren und natürlich auch der inneren Reaktion wurden schließlich die rechten Elemente in der Regierung Fidel Castros aktiv und stimmten gegen die Bodenreform. Fünf Minister der Regierung erklärten aus Protest gegen das Gesetz ihren Rücktritt. Die amerikanische Regierung verlangte im Namen ihrer monopolistischen Auf-

<sup>17)</sup> subversiv = zerstörend, umstürzend.

<sup>18)</sup> Sanktionen = Zwangsmaßnahmen.

traggeber die Aufhebung des Gesetzes. In der Provinz Las Villas kam es durch konterrevolutionäre Banden zu einer regelrechten Meuterei.

Durch die unbeirrbar Haltung der „Bewegung des 26. Juli“, im festen Bündnis mit den Kommunisten als den führenden Vertretern der kubanischen Arbeiterklasse, die alle Maßnahmen Fidel Castros und seiner Revolutionären Bewegung uneingeschränkt unterstützten, konnten alle Anschläge vereitelt werden. Die Revolution nahm ihren Fortgang.

Noch gaben sich die USA-Monopole nicht geschlagen. Mit Unterstützung ihrer Regierung wurde durch sie von dominikanischem Boden aus eine Intervention auf Kuba vorbereitet. Der „Gastgeber“ Batistas, Trujillo, bildete zu diesem Zweck eine „Fremdenlegion“ von gut 6000 Mann, die durch Amerika finanziert und bewaffnet wurde. Dominikanische Agenten bildeten auf Kuba selbst die Untergrundbewegung „Weiße Rose“. Ein oppositioneller rechter Flügel der Regierung Castro stellte sich unter der Leitung des provisorischen Präsidenten der Republik, Manuel Urrutia, gegen die Bodenreform. Der Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte desertierte in das Lager des Feindes.

Damit spitzte sich die innenpolitische Situation Kubas merklich zu. In einer Erklärung an das kubanische Volk am 17. Juni 1959 schilderte Ministerpräsident Castro das volksfeindliche Verhalten des Präsidenten Urrutia, seinen Verrat an der Revolution, und erklärte abschließend seinen eigenen Rücktritt als Ministerpräsident. Fidel Castro endete mit den Worten: „Wenn ich zurücktrete, so verzichte ich damit nicht auf den Kampf. Ich lege mein Amt als Ministerpräsident nieder, aber ich fühle mich nach wie vor verpflichtet, für die Revolution zu kämpfen. Ich trete zurück, um mir meinen Ruf, Kuba zu dienen, zu erhalten.“

Noch am gleichen Tage erklärte Urrutia seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wurde der damalige Justizminister im Kabinett Castro, Dr. Osvaldo Dorticos, berufen. Er stand treu zu den Beschlüssen der Revolution und ersuchte Fidel Castro, weiterhin das Amt des Ministerpräsidenten auszuüben. Das kubanische Volk erklärte sich in einer breiten Streikbewegung mit der Regierung Castro solidarisch. Am sechsten Jahrestag der Befreiungsbewegung, am 26. Juli 1959, kam es in Havanna zu der größten Massenkundgebung in der Geschichte Kubas. Über eine Million Menschen forderten die Rückkehr Fidel Castros und die Durchführung der Gesetze über die Bodenreform. Castro entsprach dem Wunsch des Volkes und nahm seine Tätigkeit als Ministerpräsident wieder auf.

Damit brachen der Pläne der Reaktion erneut zusammen. Das kubanische Volk schloß sich noch enger zu einer Kampfgemeinschaft gegen den Imperialismus zusammen.



Alle Versuche einer neuen Verschwörung wurden niedergeschlagen. In einer großangelegten Säuberungsaktion wurden alle reaktionären Elemente aus staatlichen Stellen und öffentlichen Institutionen entfernt. Zahlreiche Gutsbesitzer und ehemalige Offiziere der Batista-Armee wurden verhaftet.

Dennoch kam es – wieder in der Provinz Las Villas – zu bewaffneten Aktionen reaktionärer Banden. Sie wurden durch die „Fremdenlegion“ des dominikanischen Machthabers Trujillo unterstützt, und auch Amerika wurde die aktive Teilnahme und Unterstützung an diesen Kämpfen nachgewiesen. Am 14. August 1959 konnte Fidel Castro dem kubanischen Volk und der Weltöffentlichkeit über Rundfunk und Fernsehen die Niederschlagung der konterrevolutionären Umtriebe mitteilen. Die Revolutionäre Regierung hatte gemeinsam mit dem kubanischen Volk einen neuen Sieg errungen.

Aber damit fand Kuba noch immer nicht die innere Ruhe für den Aufbau und die ungehinderte Durchführung demokratischer Reformen. Neue Intrigen des Imperialismus und der ihm verbundenen reaktionären Kräfte versuchten, die kubanische Revolution um ihren Erfolg zu bringen. In vielen Provinzen des Landes bildeten sich Verschwörergruppen der Feinde der Revolution. Das „Grüne Ungeheuer“ – wie die United Fruit Company im karibischen Raum genannt wird – trat wieder in Erscheinung und versuchte eine bewaffnete Intervention gegen Kuba vorzubereiten, um so wieder in den Besitz seiner Plantagen zu gelangen. Die Dominikanische Republik trug sich mit ähnlichen Plänen und bildete für diesen Zweck ausländische Söldner aus. Mehr als dreißigmal wurde Kuba von Flugzeugen „unbekannter Herkunft“ überfallen und bombardiert.

Trotz aller Provokationen und der fortgesetzten Wühltätigkeit der Konterrevolutionäre, trotz dem offen feindlichen Verhalten Washingtons gegenüber Kuba ging das kubanische Volk unbeirrt seinen Weg. Es tat dies in der Gewißheit, daß es in seinem schweren Kampf um die Freiheit nicht allein steht.

Die kubanische Revolution war die erste Revolution in Lateinamerika, die sich bis zum Siege über die Diktatur und zur Eroberung der Macht entwickelte, und zwar angefangen mit der Partisanenbewegung, die zu einem Revolutionsheer wurde und das reaktionäre Berufsheer der Diktatur vernichtete. Diese Revolution führte, wie wir sahen, zur völligen Vernichtung der bewaffneten Kräfte und der Unterdrückungsorgane sowie des politischen Apparates der Diktatur, errichtete eine neue, nationale, revolutionäre und demokratische Macht und schuf die günstigsten Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Revolution und für die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben.

Aus dieser Besonderheit läßt sich eine grundlegende Lehre ziehen: In Lateinamerika ist es einem kleinen Land wie Kuba unter bestimmten Voraussetzungen möglich, den Partisanenkampf zu beginnen, ihn zu entwickeln und die bewaffnete Aktion bis zur Niederschlagung des proimperialistischen und reaktionären Regimes und zur Schaffung einer nationalen, unabhängigen und demokratischen Regierung zu führen.

Eine andere Besonderheit der kubanischen Revolution besteht darin, daß der bewaffnete Kampf die Hauptform des Kampfes seit 1957 war, während die Massenbewegung, die Streiks und die Aktionen der Arbeiter in den Städten den bewaffneten Kampf unterstützten. Die Aktion des Proletariats konnte auf Grund einer Reihe von besonderen Umständen nicht zum Hauptfaktor der Niederschlagung der Diktatur werden. Der bewaffnete Kampf, der sich auf den Kleinkrieg stützte, entwickelte sich trotzdem dank den Arbeitern, besonders den Landarbeitern, den Kräften des Kleinbürgertums und der großen Masse der landarmen Bauern. Die radikalsten Kreise des Kleinbürgertums ergriffen die Initiative und leiteten den bewaffneten Kampf und die weitere Entwicklung der Revolution. Die Revolution siegte, wie in China und 1895 auf Kuba, vom Land auf die Städte und von den Provinzen auf die Hauptstadt übergreifend.

Daraus ergeben sich für den antiimperialistischen Kampf in ganz Lateinamerika einige wichtige Lehren:

1. In den Ländern Lateinamerikas können gewisse kleinbürgerliche Kreise eine bedeutende revolutionäre Rolle im Kampf gegen Reaktion und Imperialismus spielen.
2. Trotz der Schwankungen und der inneren Widersprüche des Kleinbürgertums darf die revolutionäre Rolle dieser Schicht nicht unterschätzt werden. Sie kann sich mit dem Proletariat und den Bauern für eine längere Zeit vereinigen. Wie die Geschichte der kubanischen Entwicklung zeigt, verbanden sich die revolutionärsten und stärksten Kräfte dieser Kreise mit dem Proletariat, um die Revolution voranzutreiben, während die schwächsten und weniger festen Kräfte zu den Kreisen übergingen, die die Revolution bremsen und abwenden wollten.
3. Das Proletariat muß in diesem Falle alle Anstrengungen unternehmen, um ein Bündnis beizubehalten, das sich gegen den Grundbesitz und gegen den Imperialismus richtet, ein Bündnis zur Entwicklung der Revolution. Dies ist auch von Bedeutung, um die nationale Bourgeoisie für den Kampf um die nationale Befreiung, die Landreform, die Industrialisierung und die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu gewinnen.
4. Nach den Erfahrungen auf Kuba spielt die Bauernschaft – wie vom Marxismus-Leninismus stets betont – eine



wichtige Rolle. Die Klein- und Mittelbauern stärkten die Reihen des Revolutionsheeres. Die Teilnahme der Bauernmassen führte die Revolution bis zur grundlegenden Bodenreform.

Eine weitere Besonderheit der kubanischen Revolution besteht darin, daß die Revolutionsarmee Fidel Castros siegte trotz der militärischen, wirtschaftlichen, diplomatischen, propagandistischen und sonstigen Unterstützung der Batista-Diktatur durch den USA-Imperialismus sowie trotz der Bemühungen Washingtons, die Revolution zu einer bloßen Ersetzung der Regierung Batista durch eine andere zu machen.

Diese Besonderheit der kubanischen Revolution hat die Tatsache bekräftigt, daß der Imperialismus allgemein geschwächt ist, daß die USA-Imperialisten nicht mehr so leicht ihre Bedingungen und ihre Regierungen in den Staaten Lateinamerikas durchsetzen können und sie nicht mehr in den Ländern Lateinamerikas militärisch oder diplomatisch intervenieren können, wenn sich dort eine revolutionäre Regierung gebildet hat, hinter der das Volk steht.

Das ist ein Ergebnis der kubanischen Revolution, das nicht auf örtliche, sondern auf allgemeine Ursachen zurückzuführen ist — es ist das Ergebnis der historischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

### Die Probleme des Staatsaufbaus

Die sozialökonomischen Umgestaltungen auf Kuba werden von einem revolutionären Staatsapparat durchgeführt, der die unmittelbare Demokratie des Volkes verkörpert. Gleich nach der Flucht Batistas und dem Zusammenbruch der Reaktion wurden der politische und militärische Apparat der Diktatur zerschlagen, die nationale Revolutionäre Regierung unter Fidel Castro gebildet und neue revolutionäre Streitkräfte geschaffen (Armee, Luftwaffe, Flotte, Polizei), die sich aus Vertretern der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und des fortschrittlichen Kleinbürgertums zusammensetzen. Organe der Unterdrückung, wie das Büro zur Unterbindung kommunistischer Betätigung, die Spionagedienste, die Geheimpolizei, wurden aufgelöst und revolutionäre Sicherheitsorgane geschaffen.

Revolutionstribunale zogen die Henker, die Geheimpolizisten, Denunzianten und andere Agenten des Imperialismus und der Tyrannei zur Verantwortung, die für den Tod von 20 000 kubanischen Patrioten während der Batista-Diktatur verantwortlich waren. Gleichzeitig wurden all denen, die der Reaktion als Senatoren, Abgeordnete, Stadträte und Bürgermeister gedient hatten, sowie den Kandidaten bei den Schwindelwahlen von 1958 die politischen Rechte auf

30 Jahre abgesprochen. Auch den Führern der Parteien, die die Diktatur unterstützt oder mit ihr zusammengearbeitet hatten, wurde die politische Betätigung untersagt.

Die neue Regierung gewährte sofort umfassende Rechte und Freiheiten, darunter die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit. In einer besonderen Deklaration wendet sich die Revolutionäre Regierung gegen die Rassendiskriminierung.

Von großer Bedeutung war, daß parallel zu all diesen Regierungsmaßnahmen bedeutsame Schritte zur Verbesserung der materiellen Lage der breiten Volksschichten getan wurden. Die Arbeitslöhne wurden erhöht, der Kauf von Waren gegen Ratenzahlung und das Kreditwesen geregelt, die Preise für Arzneimittel sowie die Gas- und Elektrizitätstarife und die Fernsprechgebühren gesenkt, Maßnahmen gegen Wucher und Glücksspiele ergriffen. Von besonders großer Bedeutung war die Senkung der Mieten um 30 bis 50 Prozent. Bereits am 15. September 1959 wurde ein Gesetz über den Bau von 10 000 neuen Grundschulen, insbesondere in den ländlichen Gebieten, verabschiedet. Viele Kasernen wurden in Schulen umgewandelt.

Durch diese und viele andere Maßnahmen wurde Kuba zu einem wahrhaft demokratischen Staat, in dem das Volk die unumschränkte Macht hat, in dem das Volk zu seiner Regierung Vertrauen hat.

Die grundlegende organisierende Rolle im Staatsapparat des heutigen Kuba fällt dem Ministerrat zu, an dessen Spitze, wie schon gesagt, Fidel Castro steht. Die Kanzlei des Ministerpräsidenten hat für die Verwirklichung der Pläne der Revolution große Bedeutung. Hier arbeiten die engsten Mitkämpfer Castros aus der Zeit des Partisanenkampfes.

Bei der Verwirklichung der politischen und sozialökonomischen Aufgaben spielen auch die Nationalbank Kubas, das Ministerium für öffentliche Arbeiten und das Arbeitsministerium eine bedeutende Rolle.

Die Nationalbank, deren Präsident einer der hervorragenden Vertreter der kubanischen Revolution, Ernesto Guevara, ist, übt eine strenge Kontrolle über die Währung, die Finanzen und die Außenhandelstätigkeit des Landes aus. Dank der Tätigkeit der Nationalbank wurden die von Batista zerrütteten Finanzen des Landes verbessert und ein Devisenfonds geschaffen.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten baute in allen Gebieten des Landes in großem Umfang Häuser, Schulen, Bäder, Straßen, Krankenhäuser, Warenhäuser und Sportstätten auf staatlicher Grundlage.

Dem Arbeitsministerium fällt die verantwortungsvolle Aufgabe zu, die Arbeitsbedingungen auf wahrhaft demokratischer Grundlage zu organisieren. Der Arbeitsminister ver-



fügt über große Vollmachten für die Festlegung der Dauer des Arbeitstages, der Lohnsätze usw. Das Arbeitsministerium regelt die Verteilung der Arbeitskräfte.

Die Tätigkeit der Staatsorgane Kubas wurde dadurch erschwert, daß im Laufe der Revolution fast die gesamte Gesetzgebung des Landes überprüft werden mußte, die früher offen im Dienste eines Häufchens einheimischer und ausländischer Monopolherren gestanden hatte. Nach dem 1. Januar 1959 erließ die Regierung Fidel Castro sofort revolutionäre Dekrete und Gesetze auf der Grundlage der wiederhergestellten fortschrittlichen Bestimmungen der Verfassung von 1940, die, zusammen mit neu aufgenommenen, revolutionären Ergänzungen und Änderungen, die Basis für das Grundgesetz der Republik Kuba vom 7. Februar 1959 bildeten. Ein untrennbarer Bestandteil des Grundgesetzes ist das Gesetz über die Bodenreform.

Gemäß Artikel 119 des Grundgesetzes liegt die Legislative im heutigen Kuba beim Ministerrat. Es wurde beschlossen, den durch Batista kompromittierten Nationalkongreß nicht wieder ins Leben zu rufen und bis zur Verwirklichung der grundlegenden revolutionären Umgestaltungen keine Wahlen durchzuführen. Die Gesetzgebungsinitiative liegt beim Ministerrat, beim Präsidenten der Republik, beim Obersten Gericht, beim Obersten Wahlgericht, beim Rechnungshof (in Fragen, die unter deren Zuständigkeit fallen), weiter bei jeweils 10 000 Wahlrecht besitzenden Bürgern, die sich in einem Volksbegehren zusammenschließen. Die vom Ministerrat angenommenen Gesetzentwürfe müssen vom Präsidenten des Landes bestätigt werden. Dieser kann sie zur erneuten Beratung an den Ministerrat zurückverweisen, worauf sie dann nur bei Zweidrittelmehrheit bestätigt werden.

In den letzten zweieinhalb Jahren hat Kuba eine umfassende Gesetzgebungsarbeit geleistet. Fast zu allen Fragen, die die grundlegenden Seiten des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens berühren, wurden neue Gesetze angenommen. Die Revolution entwickelt sich auf einer rechtlichen Grundlage, die den Interessen des ganzen Volkes entspricht.

Die Führer der Revolution verwirklichen konsequent ihre Grundsätze zum Wohle des Volkes. Sie stützen sich dabei auf die werktätigen Massen, die sich, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung, um die Revolutionäre Regierung scharen. „Das Schicksal des Vaterlandes und der Revolution liegt in den Händen der Arbeiterklasse“, sagte Fidel Castro auf dem X. Nationalkongreß der Konföderation der Werktätigen Kubas. „Sieg oder Niederlage der Revolution auf Kuba hängen im Grunde genommen davon ab, wie weit sie von der Wichtigkeit einer Einheitsfront mit den revolutionären Bauern überzeugt ist.“

Dennoch hat Kuba noch große Schwierigkeiten und Gefahren zu überwinden. Die Hauptgefahr für die kubanische Revolution kommt aus dem Ausland. Die reaktionären Kreise der USA unterstützen nach wie vor offen die Konterrevolution und streben nach einer Spaltung der kubanischen revolutionären Bewegung.

Als Antwort auf die Provokationen der herrschenden Kreise der USA entfaltete sich in allen Ländern der Welt eine starke Solidaritätsbewegung mit dem unabhängigen revolutionären Kuba. Das Sowjetvolk unterstützte einmütig die Erklärung seines Ministerpräsidenten Chruschtschow, daß „die sozialistischen Staaten in der ganzen Welt, die auf der Position des Friedens stehen, dem kubanischen Volke die notwendige Unterstützung in seinem gerechten Kampf erweisen werden, so daß es niemandem gelingen wird, das kubanische Volk zu unterjochen“.

Diesen Tag bezeichnete der Präsident der Republik Kuba als einen historischen Tag für die ganze Welt. „Die Erklärung von Ministerpräsident Chruschtschow“, sagte er, „zeugt davon, daß die Völker der kleinen Länder, die unterjochten Völker in ihrem Kampf um die wirtschaftliche und politische Freiheit nicht allein stehen.“

### Das kubanische Volk verteidigt seine Revolution

Die vom Imperialismus bedrohten Völker stehen in ihrem Kampf um die wirtschaftliche und politische Freiheit nicht allein. Dies zeigte sich einmal mehr, als am 17. April 1961 mit dem chiffrierten Radiosignal des amerikanischen Geheimdienstes „Schaut nach dem Regenbogen aus“ einige Tausende aufs modernste bewaffnete und ausgerüstete Söldner planmäßig mit See- und Lufttransportmitteln der amerikanischen Streitkräfte nach strategisch wichtigen Gebieten der kubanischen Insel gebracht wurden. Mit diesen Diversanten-Einheiten sollte die Konterrevolution vom Territorium der USA und ihrer militärischen Verbündeten in Mittelamerika nach Kuba exportiert werden.

Das Endziel der von den amerikanischen Monopolen inspierten Aggression bestand darin, die Revolutionäre Regierung Kubas zu stürzen und die gesellschaftlichen Errungenschaften zu liquidieren. Gleichzeitig sollte Kuba wieder dem Lager des Imperialismus zugeführt und die ehemaligen amerikanischen Investitionen (etwa 1 Milliarde Dollar) reprivatisiert werden. Dadurch sollte gleichzeitig ein „abschreckendes“ Beispiel für die anderen Völker Mittelamerikas gegeben werden.

Das politische Stabsquartier der USA-Söldner, das sich in Florida niedergelassen hatte, plauderte diese Pläne ganz offen



aus, als es wenige Stunden vor der Invasion in einem Dokument erklärte, die Hauptaufgabe der Invasion sei der Schutz des Systems des „freien Unternehmertums“. Die Putschisten versprachen, den Boden an die Privatbesitzer zurückzugeben und das Vermögen jener zurückzuerstatten, „denen es ungerechterweise entzogen wurde“. Sie verkündeten ihre Absicht, die Frage des Eigentums der amerikanischen Monopole zu „regeln“, und boten dem Privatkapital „volle Garantien“ an.

Die amerikanischen Monopolherren bereiteten sich ihrerseits, ohne etwa ein Hehl daraus zu machen, aktiv darauf vor, ihre Werke und Plantagen auf Kuba wieder in Besitz zu nehmen.

Die Pläne der amerikanischen politischen Strategen beschränkten sich jedoch allein nicht darauf, das reaktionäre und proamerikanische Regime auf Kuba wiederherzustellen. Die Zielsetzung Washingtons ging weiter. Man wollte mit der Zerschlagung Kubas der gesamten nationalen Befreiungsbewegung einen wuchtigen Schlag versetzen, die Friedenskräfte schwächen und die Position der Anhänger des kalten Krieges festigen.

Das Leitorgan der Kuba-Aggression war die CIA<sup>19)</sup>. Sie ist die Leitstelle und das Koordinierungszentrum aller amerikanischen Geheimdienstzweige und die Kommandostelle für alle Geheimdienste jener Staaten, die durch militärische Pakte an die USA gekettet sind. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die CIA ein offizielles Organ der amerikanischen Regierung ist. Dieser Zusammenhang ist für die völkerrechtliche Beurteilung des Aggressionsaktes von besonderer Bedeutung. Die CIA verfügt über eine Untergrundarmee von rund 100 000 Beamten und Agenten und untersteht den in den USA tonangebenden Monopolgruppen.

Sie dient der amerikanischen Regierung seit der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems und der Entwicklung junger Nationalstaaten zu Wühlarbeiten gegen alle demokratischen Kräfte in diesen Ländern. So zum Beispiel verursachte die CIA den Sturz der iranischen Regierung Mossadegh (1953), die konterrevolutionären Umtriebe in der Ungarischen Volksrepublik (1956), die U-2-Provokation gegen die Sowjetunion, und auch an dem Putsch in Laos (1960) war sie nicht unbeteiligt. Der Vollständigkeit halber soll nicht unerwähnt bleiben, daß die CIA von dem berichtigten Allen Dulles geleitet wurde. Er wurde von der Eisenhower-Regierung Mitte 1960 beauftragt, die Konterrevolution auf und gegen Kuba zu organisieren<sup>20)</sup>.

<sup>19)</sup> „Time“ vom 28. April 1961.

(CIA = Central Intelligence Agency, Leitstelle und Koordinierungszentrum aller amerikanischen Geheimdienstzweige)

<sup>20)</sup> „Time“ vom 28. April 1961.

Dulles stützte sich bei seiner Aggressionskonzeption gegen Kuba auf den sogenannten Drei-Phasen-Plan des Vereinigten Führungsstabes der US-Streitkräfte, der auch den NATO-Kriegsvorbereitungen zugrunde liegt. Danach sollte

1. die Bevölkerung Kubas psychologisch „aufgeweicht“,
2. durch das Zusammenwirken nach Kuba eingeschleuster Agenten und unter amerikanischem Feuerschutz gelandeter konterrevolutionärer kubanischer Emigranten ein Putsch in Szene gesetzt, eine vorbereitete konterrevolutionäre Emigrantenregierung eingesetzt und sofort auf deren Ersuchen hin
3. unmittelbar militärische Hilfe der USA für den endgültigen Sturz der rechtmäßigen kubanischen Regierung gegeben werden.

Jede einzelne Phase wurde in den USA sorgsam vorbereitet. Über den Sender WMET in Miami (USA) und einen Sender auf der amerikanischen Schwaneninsel wurden Monate hindurch die übelsten Hetzsendungen gegen die kubanische Regierung ausgestrahlt. Amerikanische Druckereien stellten Riesenaufgaben von Verleumdungsschriften her. Über 36 kubanische Emigrantenorganisationen wurden von der CIA ausgehalten. Aus ihnen konnten die etwa 6000 Söldner der ersten Invasionswelle auf Kuba rekrutiert werden. Die Hauptausbildungsstützpunkte dieser Invasionstruppen lagen im amerikanischen Staate Florida und in Guatemala.

Diese kubanischen Konterrevolutionäre waren für die CIA nur ein Aushängeschild, Strohfiguren der Hintermänner in Washington. Man wollte in der ersten Welle der kubanischen Invasoren keine amerikanischen Soldaten zum Einsatz bringen. Erst in der zweiten Invasionswelle war von Washington der Einsatz von US-Truppen vorgesehen. Von diesem Einsatz nahm der amerikanische Präsident – offenbar unter dem Eindruck des weltweiten Protestes gegen die „erste Welle“ – Abstand. Geplant war, auf Kuba zunächst einen Brückenkopf zu bilden, in diesem die Emigrantenregierung zu landen, von dort aus nach dem Dreiphasenplan militärische Operationen einzuleiten und Kuba zu unterwerfen.

Die Zerschlagung der Intervention durch das kubanische Volk bedeutete ein Fiasko für diese weitreichende Planung.

„Alle revolutionären Kräfte vereinigen sich gegen die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung. Die Völker, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen, die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, der nationale Befreiungskampf der unterdrückten Völker, die allgemeindemokratischen Bewegungen – all diese gewaltigen Kräfte unserer Zeit münden in einen gemeinsamen Strom, der das imperialistische Weltssystem unterspült und zerstört“, heißt es in der Erklärung der Moskauer Beratung vom November 1960. Eine beeindruckende Äußerung dieses



Prozesses war der mächtige Proteststurm gegen die amerikanische Aggression auf Kuba, der sich im wahrsten Sinne des Wortes in allen Ländern der Welt erhob.

Dem Aggressionsakt der USA traten die Staaten des sozialistischen Lagers entschlossen entgegen. Ihre Regierungen erhoben in Washington entschiedenen Protest und erklärten ihre Bereitschaft, der kubanischen Revolution, wenn es notwendig werden sollte, zu helfen. Das Auftreten der sozialistischen Länder hatte eine gewaltige Bedeutung als ernste Warnung für den Aggressor, als ein Faktor für die Mobilisierung der Massen in der ganzen Welt.

Gegen die aggressive Politik des Kabinetts Kennedy wandten sich alle fortschrittlichen Schichten der amerikanischen Öffentlichkeit, und durch den lateinamerikanischen Kontinent ging eine stürmische Woge der Empörung und des Zorns. Es gab kaum ein lateinamerikanisches Land, dessen Öffentlichkeit den Vorgängen auf Kuba gegenüber gleichgültig geblieben wäre. Die Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung Europas, Asiens und Afrikas reagierten unverzüglich und sehr aktiv auf die Ereignisse im fernen Kuba. Kurz gesagt: innerhalb weniger Stunden nach Beginn der Aggression setzte in der ganzen Welt eine wahrhaft internationale Bewegung der Solidarität mit dem revolutionären Kuba ein.

Indessen griff das kubanische Volk zu den Waffen. Die von Ministerpräsident Castro befohlene schnelle und energische Mobilisierung der Revolutionären Nationalen Miliz, der Komitees für die Verteidigung der Revolution und aller Sicherheitsorgane in den Städten legte die Fünfte Kolonne lahm. Im Verlauf weniger Stunden wurden die Konterrevolutionäre gestellt.

Während der Invasion wurde die starke Einheit der bewaffneten Streitkräfte Kubas mit dem ganzen kubanischen Volk unter Beweis gestellt. Kuba war Herr der Lage. Nach knapp 24 Stunden zeichnete sich bereits die Niederlage der Invasoren ab. Der Welt wurde klar, daß das kubanische Volk durch seine Haltung über den Ausgang dieses Kampfes entscheiden würde. Schneller als die Aggressoren es erwarteten, hatte das kubanische Volk entschieden. Es hatte sich erhoben, aber nicht für die Unterdrücker, sondern gegen sie, und in nicht mehr als 72 Stunden war der ganze konterrevolutionäre imperialistische Spuk vom kubanischen Boden verschwunden.

Zu einem Zeitpunkt, als die großbürgerliche Hamburger Zeitung „Die Welt“ noch leitartikelte: „Fidel Castro steht allein“, begannen bedeutende Zeitungen des amerikanischen Kontinents bereits über den amerikanischen Prestigeverlust zu lamentieren.

Das kubanische Volk hatte wie ein Mann die Waffen ergriffen und überall dort, wo die Eindringlinge gelandet waren, den Feind vernichtend geschlagen. Städte und Dörfer wur-

den von Verrätern gesäubert. Die Komitees zur Verteidigung der Revolution übernahmen den Schutz im Innern. Versuche des reaktionären Klerus, die Kirchen zu Herden der Konterrevolution zu machen, wurden in Havanna vereitelt. Zahlreiche Kubaner katholischen Glaubens übernahmen es selbst, die Kirchen von Feinden zu säubern.

Abseits von den Landstellen der Invasoren ging das normale Leben weiter. Die Fabriken waren in Betrieb, die Zuckerernte wurde eingebracht, selbst Schulen und Universitäten waren geöffnet. Die Bevölkerung erwartete zuversichtlich die Vernichtung der Aggressoren und den Sieg der Revolution. In einem Kommentar des Rundfunks wurde betont, daß Kuba niemals ein zweites Puerto Rico oder Guatemala werde, weil das bewaffnete kubanische Volk unbesiegbar sei.

Der Sieg des kubanischen Volkes und die Niederlage des amerikanischen Imperialismus bei seinem Versuch, den Export der Konterrevolution zu organisieren, war eines der wichtigsten internationalen Ereignisse des Jahres 1961.

Die Ereignisse auf Kuba sind ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß der Prozeß der Schwächung des Imperialismus unablässig fortschreitet. Der Weltreaktion fällt es immer schwerer, zu intervenieren, immer schwerer, ihren Willen den anderen Völkern aufzuzwingen.

Die Niederlage der Amerikaner auf Kuba hat der Welt einmal mehr bewiesen, daß es in unseren Tagen real möglich ist, die Kräfte des Krieges zu isolieren und ihnen eine Niederlage zu bereiten.

Schließlich besagt das Scheitern des Versuchs, die Konterrevolution nach Kuba zu exportieren, daß sich die Möglichkeiten der weltweiten revolutionären Befreiungsbewegung heute vervielfachen.

Dies darf natürlich keineswegs so verstanden werden, daß die Völker in ihrem Kampf nachlassen dürfen. Nach einer Niederlage wird der Imperialismus immer die Revanche suchen. Fast täglich veröffentlicht die Weltpresse neue Meldungen über die Vorbereitungen einer amerikanischen Aggression gegen Kuba. Die amerikanische reaktionäre Presse deklariert sich an den Einzelheiten der in Vorbereitung begriffenen Provokationen, die nach den Plänen Washingtons Anlaß für die unmittelbare Einmischung bieten könnten. Gerade deshalb muß das kubanische Volk seine Wachsamkeit mehr denn je verstärken, um jedem Angriff begegnen zu können.

Eins steht außer Zweifel: Die Einwirkung der Kuba-Ereignisse auf die Entwicklung der Weltpolitik läßt sich nicht ungeschehen machen. Nichts kann die Bedeutung des heroischen Sieges des freiheitsliebenden kubanischen Volkes aufheben.



## Kuba auf dem Wege zum Sozialismus

Im Mai 1959 wurde die kubanische Revolution als eine fortgeschrittene, patriotische, demokratische und antiimperialistische Volksrevolution definiert. Diese Definition entsprach dem historischen Zeitpunkt, den Kuba damals durchlief. Die kubanische Revolution war eine soziale Revolution unter den Bedingungen eines halbkolonialen und rückständigen Landes. Die damaligen Aufgaben der Revolution waren nicht die Aufgaben, die sie heute erfüllt; es waren die Aufgaben der nationalen Befreiung und der Beseitigung des Feudalismus.

Die Definition vom Mai 1959 entspricht nicht mehr der gegenwärtig bestehenden Realität. Die Revolution hat sich weiterentwickelt, sie hat die ihr zu Anfang gestellten Aufgaben erfüllt, sie hat die Ziele ihrer ersten Etappe erreicht und ist in eine höhere Etappe eingetreten. Dies war möglich, weil im Verlauf der Entwicklung der Revolution die Arbeiterklasse die führende Kraft war, weil an der Spitze der Arbeiterklasse und an der Spitze des Volkes ein erprobter Revolutionär als Führer stand, der die Revolution vorantrieb.

Kuba hat die nationale Befreiung und Unabhängigkeit erreicht. Es wurde ökonomisch und politisch frei, d.h. vollständig frei und souverän. Der freie Bauer lebt und arbeitet auf freiem kubanischem Boden, der ihm gehört. 40 Prozent der landwirtschaftlichen und 80 Prozent der industriellen Produktion entfallen heute auf den sozialistischen Sektor. Durch den Zusammenschluß der Einzelbauern im Nationalverband der kleinen Landwirte bestreitet der sozialistische Sektor weitere 40 Prozent der Agrarproduktion.

In einem Vierjahresplan hat die Regierung Kubas die wichtigsten Richtlinien festgelegt, die, beginnend mit dem Jahr 1962, die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes bestimmen. Die Arbeitslosigkeit soll behoben werden, die Grundlagen für die Industrialisierung des Landes sollen bis 1965 geschaffen sein, und die jährliche Bruttoproduktion der Volkswirtschaft wird noch im Jahre 1962 160 Prozent derjenigen von 1958 erreichen. In den folgenden sechs Jahren wird sie jeweils um mehr als 12 Prozent gesteigert werden.

Neben den Bemühungen um die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft stehen an erster Stelle die großen Veränderungen auf dem sozialen Sektor. Die Revolutionäre Regierung Kubas hat im Jahr 1961 das Analphabetentum energisch bekämpft und es verstanden, Bildung und Wissen bis in den entlegensten Winkel des Landes zu tragen. 300 000 Jungen und Mädchen zogen hinaus, um ihre Mitbürger lesen und schreiben zu lehren. 40 000 junge Kubaner werden in diesem Jahr Hoch- und Fachmittelschulen besuchen können, weil der Staat dafür 21 Millionen Pesos aufbringen wird. Auch auf Kuba ist das Bildungsprivileg gebrochen, und Arbeiter- und Bauernkinder können die ihnen gebührenden Plätze in Oberschulen und Universität einnehmen. Die Revolution hat also

nicht nur zu einer Demokratisierung des Landes geführt, sie hat auch die Kultur in hohem Maße entwickelt.

Kuba hat die erste Etappe, die Etappe der nationalen und antifeudalen Befreiung, durchschritten und ist in eine neue, höhere Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung eingetreten: in die sozialistische Etappe. D.h. Kuba ist in eine Übergangsperiode zur Errichtung der sozialistischen Grundlagen der Revolution, des Aufbaus und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft eingetreten. Es ist damit noch kein sozialistischer Staat. In gewissem Sinne bestehen auf der Insel auch noch alte Produktionsverhältnisse, bedingt durch die kleineren Produzenten im privaten Sektor, die mittlere Bourgeoisie und das Handwerk. Diese Schichten werden sich nach und nach in den Umwandlungsprozeß eingliedern, der private Besitz an Produktionsmitteln wird — wie in allen sozialistischen Ländern — in die Hände des Volkes übergehen, und die Produktion kommt dann dem ganzen Volk und nicht einem einzelnen zugute. Im Zuge dieses Umwandlungsprozesses soll auch auf Kuba die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, wird der Wohlstand der Massen ständig erhöht werden.

## Die kubanische Revolution und Lateinamerika

Die Revolution auf Kuba ist ein anschauliches Beispiel für den Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems. Sie beweist zugleich, daß das sozialistische Weltssystem unter der Führung der Sowjetunion der bestimmende Faktor der internationalen Beziehungen ist. Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Uruguays stellt dazu fest:

„Die ökonomische Hilfe des sozialistischen Lagers und die Unterstützung der Sowjetunion in Verbindung mit der Festigkeit und Einheit des Volkes und der internationalen Solidarität können als Schild der Unabhängigkeit sogar sehr kleiner Länder dienen. Sie können den Imperialismus zwingen, auf die Pläne der Aggression und der lokalen konterrevolutionären Kriege zu verzichten, und den Übergang zu fortschrittlicheren Formen der sozialen Befreiung bewirken.“<sup>(2)</sup>

Damit hat die kubanische Revolution für alle Staaten Lateinamerikas Bedeutung gewonnen; sie ist zugleich Ausdruck eines Prozesses, der sich auf dem ganzen lateinamerikanischen Kontinent entwickelt. D.h. die nationale Befreiungs- und Agrarrevolution reift in den Tiefen des sozialen Prozesses, der in den lateinamerikanischen Staaten vor sich geht.

Bisher hatte der Kampf der Völker Lateinamerikas noch nicht zum Sturz des imperialistischen Systems geführt. Die bürgerlich-demokratischen Revolutionen, die in einigen Län-

<sup>2)</sup> Rodney Arismendi, „Lateinamerika tritt auf den Plan“, in „Kommunist“, Heft 5, 1961.



dern begonnen hatten, z. B. die mexikanische Revolution und die Revolution in Bolivien, blieben auf halbem Wege stehen.

Erst Kuba lieferte dem lateinamerikanischen Kontinent ein Musterbeispiel, schuf sich eine allgemeindemokratische Ordnung und weiter die Voraussetzungen für den Übergang zu progressiveren Formen der gesellschaftlichen Ordnung.

Die kubanische Revolution zerschlug den auf dem geographischen Fatalismus (die Nähe der Vereinigten Staaten) beruhenden Mythos, für die lateinamerikanischen Staaten sei es unvermeidbar, sich der imperialistischen Vorherrschaft unterzuordnen. Dadurch ist die Revolution auf Kuba zu einer gesamtkontinentalen Erscheinung geworden.

Das hat nichts damit zu tun, daß Fidel Castro die Revolution „exportieren“ will, wie seine Feinde immer wieder behaupten. Die Einheit der lateinamerikanischen Revolution wird ausschließlich von der historischen und geographischen Gemeinschaft der Völker des Kontinents sowie davon bestimmt, daß der amerikanische Imperialismus der gemeinsame Hauptfeind dieser Völker ist. Die organische Einheit der lateinamerikanischen Revolution äußert sich auch in der Übereinstimmung der allgemein-demokratischen Probleme, die vor der Mehrheit der Staaten des Kontinents stehen.

Mit dem Sieg der kubanischen Revolution wurde die ganze ideologische Grundlage der Politik der Unterordnung unter die Vorherrschaft der Imperialisten, unter die Herrschaft der USA in Frage gestellt. Durch die Ereignisse auf Kuba wurde die Krise der von den herrschenden Klassen der lateinamerikanischen Länder betriebenen Politik des nationalen Verrats ausgelöst. Dieser Prozeß wird gefördert durch das Wachstum des mächtigen sozialistischen Weltsystems sowie durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Kapitalismus zugunsten des ersteren.

Unter diesen günstigen Bedingungen kämpfen heute die Völker Lateinamerikas für die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, für die Verwirklichung antiimperialistischer Agrarrevolutionen, die die ausländische Herrschaft beenden, die imperialistischen Monopole der USA enteignen, tiefgehende demokratische Reformen durchführen und die Macht in die Hände der Völker und demokratischer Regierungen legen.

Ende 1960 wandte sich die kubanische Regierung mit der 1. Deklaration von Havanna an die Völker des Kontinents. Darin rief sie alle Lateinamerikaner zur Einheit im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und das Latifundiensystem, für die Rechte der Werktätigen und für demokratische Freiheiten auf. Diese Deklaration von Havanna ist zum Programm der fortschrittlichen, antiimperialistischen und demokratischen Kräfte Lateinamerikas geworden. Sie übt bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Kräfte und der revolutionären Bewegungen Lateinamerikas aus.

## Anhang

### Das kubanische Volk baut zuversichtlich ein neues Leben auf

*Anfang Dezember 1961 hielt der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro aus Anlaß der Eröffnung eines neuen Lektionszyklus an der Volksuniversität in Havanna eine fünfständige Rede, die dem Thema „Die einheitliche Partei der sozialistischen Revolution“ gewidmet war.*

Fidel Castro ging ausführlich auf die wichtigsten Etappen des revolutionären Kampfes auf Kuba ein, der mit der Errichtung der Volksmacht seinen Abschluß fand, charakterisierte die hauptsächlich revolutionären Organisationen des Landes, ihre Tätigkeit und ihre Entwicklung und begründete die Notwendigkeit, sie zusammenzuschließen und eine einheitliche marxistisch-leninistische Partei zu gründen, ohne die der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann. Er erklärte, daß nur die Regierung einer revolutionären Partei mit einer kollektiven Leitung eine ideale Regierung sein kann und daß das Programm der einheitlichen Partei der Revolution den objektiv im Lande entstandenen Bedingungen entsprechen wird.

Die Bildung einer einheitlichen Partei der Revolution, betonte Castro, ist eine objektive Notwendigkeit. Entscheidend ist, daß die Revolution ohne eine starke und disziplinierte revolutionäre Organisation nicht erfolgreich entwickelt werden kann.

In seinen weiteren Ausführungen berichtete Castro über sein Leben, darüber, wie er, aus der Ausbeuterklasse stammend, Revolutionär wurde. Er hob unter anderem hervor, daß er sich bereits auf der Universität mit dem „Kommunistischen Manifest“, mit Arbeiten von Marx, Engels und Lenin vertraut gemacht habe.

Glaube ich an den Marxismus? führte Castro weiter aus. Ja, ich glaube unbedingt an den Marxismus. Glaubte ich am 1. Januar 1959 (Tag des Sieges der nationalen Revolution auf Kuba — die Red.) an ihn? Ich glaubte an ihn. Glaubte ich am 26. Juli 1953 (Sturm auf die Festung Moncada in Santiago de Cuba — die Red.) an ihn? Ich glaubte an ihn. Faßte ich damals, vor fast zehn Jahren, den Marxismus ebenso auf wie heute?

In meiner Auffassung des Marxismus von damals und heute besteht ein gewaltiger Unterschied. Je größere Erfahrungen wir sammeln, desto mehr erkennen wir die Wahrheit, auf der



die Lehre von Marx beruht. Je mehr wir mit der revolutionären Wirklichkeit und dem Klassenkampf zu tun haben und im realen Leben den Klassenkampf im Prozeß der Revolution sehen, desto mehr überzeugen wir uns davon, daß die Arbeiten von Marx und Engels und die von Lenin stammende geniale Interpretation des Sozialismus völlig richtig sind.

Worin besteht das große Verdienst Lenins? Darin, daß er die Lehre von Marx beherrschte, sie gegen alle falschen Auslegungen, gegen alle Versuche einer Revision verteidigte, theoretisch gewappnet die Partei gründete, einen inneren Kampf gegen alle kleinbürgerlichen Strömungen, gegen alle nichtrevolutionären Tendenzen führte, diesen Tendenzen innerhalb der Partei eine Niederlage zufügte und, ausgerüstet mit der revolutionären Theorie, die Macht, d. h. die revolutionäre Macht, eroberte. Ein überaus großes Verdienst Lenins ist es, daß er die Lehre von Marx exakt interpretierte, sie in die Tat umsetzte und unter neuen Bedingungen, insbesondere unter Bedingungen weiterentwickelte, da die revolutionäre Partei bereits an der Macht war. Darin besteht das große historische Verdienst Lenins als Theoretiker und als Führer.

Heute wird der Marxismus weiterentwickelt, sagte dann Fidel Castro. Die Berichte des Genossen Chruschtschow vor dem XXII. Parteitag der KPdSU muß man gelesen haben; Sie sind eine echte politische Abhandlung, mit der die Verwirklichung einer völlig neuen Aufgabe, der Aufgabe des Aufbaus des Kommunismus, beginnt.

Die Sowjetmenschen begeben sich heute auf einen vollkommen neuen Weg, auf den Weg des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. Dies zeigt uns, daß der Marxismus eine lebendige Wissenschaft, eine Wissenschaft in der Entwicklung ist. Wir müssen alles, was Lenin lehrt, studieren; wir müssen alle Erfahrungen beim Aufbau des ersten sozialistischen Staates, alle Erfahrungen beim Aufbau der ersten kommunistischen Gesellschaft studieren.

Das neue Programm der KPdSU, das eine Perspektive für 20 Jahre vermittelt, sagte Castro weiter, ist ein Plan, an dessen Verwirklichung bereits Menschen arbeiten, die gewaltige Erfahrungen und eine starke Überzeugung besitzen. Niemand kann daran zweifeln, daß dieses Programm erfüllt werden wird, da es Menschen in die Tat umsetzen, die vier Jahrzehnte Leitung der Wirtschaft, der Planung, des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft hinter sich haben. Konkrete Zahlen zeugen bereits eindeutig vom Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus.

Wir sind in die Epoche des Aufbaus des Sozialismus eingetreten, fuhr Fidel Castro fort. Wir müssen die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus verwirklichen. Deshalb habe ich auch zu Beginn meiner Ausführungen mit aller Aufrichtigkeit gesagt, daß wir an den Marxismus glauben, daß wir daran glauben, daß der Marxismus die richtige, die wis-

senschaftlichste, die einzig wahre revolutionäre Theorie ist. Ich sage mit tiefer Genugtuung und voller Überzeugung: Ich bin Marxist-Leninist und werde bis zum letzten Tag meines Lebens Marxist-Leninist sein.

Castro sagte, daß er seinerzeit Vorurteile gegen die Sozialistische Volkspartei Kubas hegte, die auf mehrere Umstände zurückzuführen waren, darunter auf das Fehlen guter Kontakte mit dieser Partei und auf die Tätigkeit von Spalterelementen in den Reihen der revolutionären Bewegung. Diese Vorurteile sind überwunden, und jetzt haben wir uns, alle Genossen, alle Sozialisten, ausgezeichnet geeinigt.

Der Revolution stehen heute Kader aus allen revolutionären Organisationen zur Verfügung. Ihre Kräfte sollen sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen, und deshalb wurden nunmehr die „Vereinigten Revolutionären Organisationen“ gebildet.

Fidel Castro ging in seinen weiteren Ausführungen auf die Schwierigkeiten ein, die es beim Zusammenschluß der revolutionären Kräfte gab. Dann charakterisierte er die neu zu gründende Partei, die, wie er sagte, eine starke, disziplinierte und standhafte politische Organisation, die Avantgarde der Arbeiterklasse und der kubanischen Revolution sein muß. Castro unterstrich, daß an die Aufnahme von Mitgliedern in die Partei ein strenger qualitativer Maßstab angelegt werden müßte. An die Mitglieder der einheitlichen Partei der sozialistischen Revolution werden große Anforderungen gestellt werden. Ihr werden die besten Vertreter des Volkes, die besten Vertreter der Massenorganisationen angehören. Die Türen der Partei werden für jeden echten Revolutionär offenstehen, der der Sache der Revolution treu ergeben ist, der bereit ist, die Parteinormen zu erfüllen, und der das Programm der einheitlichen Partei der sozialistischen Revolution aus Überzeugung anerkennt.

Castro verwies darauf, daß die Partei offiziell bisher zwar noch nicht geschaffen ist, daß aber das Fundament für ihre Gründung durch den Zusammenschluß der revolutionären Organisationen Kubas gelegt wurde. Die Partei wird auf ihrem ersten Gründungsparteitag ins Leben gerufen werden. Sie wird ein marxistisch-leninistisches Programm haben, das den objektiven Gegebenheiten gerade auf Kuba entspricht, erklärte Castro. Mit anderen Worten, wir werden in unserem Programm die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus auf unsere Bedingungen anwenden. Das ist kein Geheimnis und wird auch kein Geheimnis sein. Unser Volk — unsere Arbeiterklasse, unsere Bauernschaft, die ganze ehrliche Intelligenz, die Jugend, alle ehrlichen Bürger unseres Landes — ist damit einverstanden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede ging Fidel Castro auf die Frage der kollektiven Führung ein. Während einer bedeuten-



den Zeitspanne war die revolutionäre Führung eine Einzel-  
führung, sagte er. Es handelte sich keineswegs um einen ein-  
zigen Führer, um eine Laune, aber geraume Zeit hindurch  
wurden Beschlüsse praktisch vom Ministerpräsidenten der  
Revolutionsregierung kraft des in ihn gesetzten Vertrauens  
gefaßt. Ich habe gesagt und wiederhole es noch einmal, daß  
dies ein Fehler ist. Wir mußten so früh wie möglich dieser  
Situation ein Ende setzen und eine revolutionäre Parteiführung  
schaffen. Das ist die beste Garantie für die Stärke unserer  
Macht und der revolutionären Linie. Ich glaube aufrichtig, daß  
von allen politischen Systemen, die der Mensch im Laufe der  
ganzen Geschichte erfunden hat, das System einer Regierung  
das beste ist, die sich bei der Lenkung des Staates auf eine  
revolutionäre Partei stützt, welche auf demokratischen Grund-  
lagen aufgebaut ist und eine kollektive Führung besitzt.

Zum Abschluß seiner Rede erklärte Fidel Castro: Die Partei  
muß stets über den Einzelpersonlichkeiten stehen, da die  
Partei nicht nur ein Hirn, sondern die Hirne Tausender und  
aber Tausender Menschen, den Heldenmut nicht nur eines  
Menschen, sondern den Heldenmut aller, die Aufopferungs-  
bereitschaft, den Kampfgeist und die Gefühle der Liebe zur  
Revolution nicht nur eines Menschen, sondern Hundert-  
tausender von Bürgern in sich verkörpert. Eine solche Partei  
muß die einheitliche Partei der sozialistischen Revolution  
sein!

Entnommen aus: „Aus der internationalen Arbeiterbewegung“.  
1. Januarheft (133) 1962, S. 13 f.

## Literaturnachweis

Blas Roca: Bericht des Nationalkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Volkspartei Kubas, Havanna, 16. bis 21. 8. 1960

White Book, US State Department, Washington, April 1961

Kalinin: Kuba – ein demokratischer revolutionärer Staat, in: „Sowjetwissenschaft“, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft 1, Januar 1961, Seite 103

„Dokumente über Kuba“ in: „Deutsche Außenpolitik“, Heft 2, Februar 1962

Antonio Nunez Jeménez: Die Bodenreform auf Kuba

International Labour Office: The Landless Farmer in Latin America, Studies and Reports, New Series, No. 47, Genf 1957

Republic of Cuba, Office of the Prime Minister: Agrarian Reform Law of the Republic of Cuba, Havanna 1959

„Handelsblatt“, Düsseldorf, Nr. 73 vom 25. 5. 1959

CEPAL-Bericht zur Konferenz in Santiago, in: „Neue Zürcher Zeitung“, Nr. 181, vom 4. 7. 1961

„Neue Zürcher Zeitung“, Nr. 303, vom 8. 11. 1960

M. Gretschew: Einige Probleme der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Länder Lateinamerikas, in: „Aus der Internationalen Arbeiterbewegung“, Berlin, Nr. 6, 2. Märzheft 1961

Heinz Reuschel: „Patria o Muerte“, in: „National-Zeitung“, vom 10. 12. 1961



- \*25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Vah-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- \*29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- \*30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- \*31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- \*32 Dr. Gerhard Descyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- \*34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- \*35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- \*37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- \*38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- \*39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- \*40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- \*41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- \*42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- \*43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- \*44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- \*46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- \*47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- \*49 Prof. Dr. Jan Milíč Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- \*51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich



- \*52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- \*55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Helz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 69 Johannes Zukertort: Das moralische Schuldkonto des deutschen Generalstabes in der Zeit des Faschismus
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

Die mit \* gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM

Doppelheft 1,— DM